

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 20
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
17. Mai 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rohler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Abtälischen Park 2.
Fernruf: Amt Hannover 62 46.

Geschäftsanzeigen werden nach Satz berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Ich bin mitschuldig!

Die Lage der deutschen Arbeiterschaft ist nicht rosig. Für viele Millionen sogar sehr trübselig. Düstere erscheint die Zukunft. Wer ist dafür verantwortlich? Die meisten Betroffenen haben sich gewiß mit solcher Frage schon beschäftigt, aber keine befriedigende Antwort gefunden. Die objektiven Verhältnisse, die Massenarbeitslosigkeit, Lohndruck, Steuerlast, Nationalisierung, sieht man vielfach als etwas Unabänderliches an, als eine Kriegsfolge, mit der man sich abfinden müsse. Das ist jedoch nur zum Teil richtig. Auch das sagt man sich. Findet aber keinen Ausweg. Kommt zu dem Schluß: Die Gewerkschaften müßten mehr Widerstand leisten, dem Vorgehen der Unternehmer einen festen Damm entgegenstellen! Und schimpft auf andere, die ihre Pflicht vernachlässigten.

Wenn mit Schimpfen auf andere, wenn mit Vorwürfen etwas gebessert werden könnte, dann entsprächen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sicher weitgehenden Wünschen. Aber solche „Kampfmethoden“ rühren das Unternehmertum nicht. Doch wer trägt die Schuld für die durchaus unbefriedigenden Zustände?

Die Führer! Die Bonzen! — So ist man es gewohnt von der sogenannten „Opposition“ und von den „Nazis“. Dabei machen die „Radikalen“ von links und rechts ihre eigenen Führer zu Halbgöttern. Entäußern sich selbst aller Mitbestimmungsrechte, wie das sonst nirgends der Fall ist. Das Geschimpfe aus gewerkschaftsfeindlichem Lager interessiert uns hier weiter nicht.

Aber ähnliche Stimmungen, wie sie aus den erwähnten Aussprüchen hervorklingen, hört man zuweilen auch von jungen und alten Gewerkschaftsmitgliedern, die mit den Schimpfbrüdern absolut nichts gemein haben wollen. Sie sehen und fühlen die Offensive des Unternehmertums, ihre konzentrierten Angriffe auf die soziale Position der Arbeiterschaft und ihre Erfolge. Aber sie erkennen nicht die bei ihnen selbst liegenden mitbestimmenden Ursachen der unliebsamen Erscheinungen. Und machen es sich leicht, geben den Führern die Schuld, die nicht forsch genug seien in der Abwehr der feindlichen Angriffe. Auf die Frage jedoch: Was sollen sie machen, antwortet die flinkste Zunge mit Schweigen.

Von anderer Seite werden derartige Vorwürfe oft mit der Behauptung beantwortet: Nein, nicht die Führer, die Mitglieder selbst tragen die Schuld. Sie sind zu lau, zu interessellos, kommen nicht in die Versammlungen, überlassen alles den Funktionären allein und murren, wenn ihnen nicht die gewünschten Früchte serviert werden.

Auf falscher Spur.

Mit solchen Vorwürfen hin und her wird nichts gebessert. Sie steigern höchstens das gegenseitige Mißvergnügen und machen die Versammlungen noch öder. Hier handelt es sich nicht um Fragen subjektiver Schuld. Führer und Mitglieder sind in gewissem Sinne Opfer der Verhältnisse. Hier steht die entscheidende Frage. Viele Gewerkschaftsmitglieder — und noch viel mehr „Massauer“ bei dem Verzehren gewerkschaftlicher Früchte — betrachten alles Erungene gewissermaßen als für ewig garantiert, das nicht gemindert werden kann, obwohl sie das Gegenteil erleben. In einer Variation des Dichterswortes muß man ihnen zurufen: Was du ererbt von deinen Vätern, erkämpfe es täglich, um es zu besitzen!

Trotz der im allgemeinen traurigen Lage besitzt die deutsche Arbeiterschaft doch immer noch Positionen, die vor wenigen Jahrzehnten als fast unerreicht galten. Für deren Erringung ungeheure Opfer gebracht worden sind. Dessen ist sich die jüngere Generation gar nicht bewußt. Man betrachtet den Achtstundentag, Tarife mit geschützten Löhnen, begrenzten Arbeitszeiten, usw., ferner Arbeitslosenversicherung, das Mitbestimmungsrecht über die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse als Selbstverständlichkeiten. Als Gegebenes, für das irgendwelcher Einsatz weder notwendig war noch notwendig ist. Ein

großer, verhängnisvoller Irrtum. Ein Manko im Wissen und Verstehen gewerkschaftlicher Voraussetzungen

Unter absoluter Willkür.

Vor der Existenz der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung gab es in Deutschland — um nur einiges Wichtige aus dem Gebiete der Sozialpolitik hervorzuheben — keine Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, keine Angestelltenversicherung, keinen Kinder-, Schwangeren- und Mutterschutz, keine öffentlich-rechtliche Fürsorgepflicht, keine staatlich geregelte Arbeitsvermittlung, keine Arbeitsgerichte.

Nicht Menschenfreundlichkeit der Unternehmer, nicht soziale Eingebung der herrschenden Klasse hat die sozialen Einrichtungen, die Arbeiterrechte gebracht. Alles ist der Gesellschaft unter harten, unablässigen Kämpfen abgetrotzt worden.

Bevor die Gewerkschaften in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gestaltend eingreifen konnten, herrschte das Unternehmertum, gestützt auf seine wirtschaftliche Übermacht, als absoluter Herr im Hause, diktatorisch, unverantwortlich, ungehemmt, rücksichtslos. 12-, 14-, ja 16stündige Arbeitszeiten, dazu Sonntagsarbeit, waren an der Tagesordnung.

Arbeiter, die bei dem Mangel an Schutzvorrichtungen, bei hemmungsloser Antreiberei einen Unfall erlitten, verkrüppelten, hatten keinen Anspruch auf Rente. Sie bekamen Entschädigung nur dann, wenn sie dem Unternehmer ein Verschulden nachweisen konnten. Das kostete viel Geld, das dem Krüppel gerade fehlte. Wer einer Krankheit erlag, für kürzere und längere Zeit arbeitslos wurde, oder wer als Invalide auf die Straße flog, hatte keine Ansprüche auf Unterstützung. Er mußte bettelnd die Armenverwaltung aufsuchen; dann gab es vielleicht entehrende Almosen, die den Verlust der politischen Rechte nach sich zogen.

Herkulesarbeit.

Niemand half dem Arbeiter. Selbsthilfe war durch Koalitionsverbote und schwere Strafandrohungen behindert. Erst mit dem Aufkommen der Gewerkschaften trat langsam eine Änderung ein. Zunächst jedoch mußte ein harter, steiniger Boden beackert werden. Schwer war das Werk der Aufklärung, Belehrung, Organisierung. Dabei hatten die Pioniere die ganze Staatsmacht, Gehässigkeit und Nachsicht des sich in seinen Ausbeutungsrechten bedroht fühlenden Unternehmertums gegen sich. Mit Orangjallerung durch Justiz und Verwaltung, durch Zucht-hausgesetze, Sozialistengesetz, Organisationsverbote, Ausweisungen versuchte man die Entwicklung aufzuhalten. Doch die zum Klassenbewußtsein aufgerüttelten Proletarier, so klein ihre Zahl zunächst war, von Idealismus befeuert, vom Solidaritätsgeist gestärkt, nahmen begeistert alle Mühen eines unablässigen Kampfes auf sich, vertriehten Herkulesarbeit.

Nicht um Almosen bettelten sie, nicht um Wohlthaten; sie kämpften bewußt um Rechte, um das Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Bald war man so weit, den Widerstand einzelner Unternehmer zu brechen durch Streiks. Die Löhne stiegen, die Arbeitszeit wurde kürzer.

Und dann meldeten sich auch andere als Arbeiterfreunde. Nicht um zu helfen, sondern um der jungen proletarischen Bewegung das Wasser abzugraben. Merkale und bürgerliche Politiker erhoben nun auch ihre Stimme für Arbeiterforderungen. So kam unter dem Druck der sozialistischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit die offizielle Sozialpolitik in Gang. Aber die ganze bürgerliche Welt verharrte dabei in Feindschaft und Vernichtungswillen gegen die proletarische Bewegung. Jedoch sie war nicht aufzuhalten. In jahrzehntelangen, erbitterten Kämpfen eroberte sie immer neue Positionen.

Neue Verhältnisse.

Mit dem Wachstum der Gewerkschaften, mit ihrer notgedrungenen Anerkennung als Verhandlungsfaktoren bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, mit Tarifabschlüssen, änderten sich zwangsläufig auch die Formen der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Die wachsende Macht der Gewerkschaften ließ auch die Unternehmer schnell den Weg zu einer Klassenorganisation gegen die Arbeiterschaft finden. Dank ihrer verhältnismäßig kleinen Zahl war hier die Zusammenfassung leichter. Um so mehr, als sich die Unternehmer nicht in verschiedene Organisationen mit hemmenden Tendenzen spalten ließen. Ihr Klassenbewußtsein ist stärker als Ideologien, die man bei den Arbeitern erfolgreich als künstliche Spaltungskräfte mißbrauchen kann. Zum schweren Schaden für die Arbeiterschaft. Es gibt keine christliche und nichtchristliche, keine nationale, sondern nur eine einheitliche Klassenorganisation der Unternehmer.

Schnell schlossen sich die Unternehmer zu Zentralverbänden mit Spitzenorganisationen zusammen. Bald praktizierten sie die Taktik, bei lokalen Konflikten mit Aussperrungsandrohungen für größere Bezirke oder die ganze Industrie zu antworten. Die Zusammenfassung der lokalen Verbände zu Zentralorganisationen, dazu die Ansammlung erheblicher Geldmittel für unabwiesbare Kämpfe wurden für die Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit. Ebenso die Anstellung von berufsmäßigen Funktionären. Verhandlungen mit den Unternehmervertretern zu führen, die Vorentscheidungen zu treffen war ganz selbstverständlich eine Aufgabe der Verbandsleitung. Die Entscheidung über die getroffenen Vorentscheidungen wurde Angelegenheit der Funktionärskörper. Unter dem Zwang der gewordenen Verhältnisse mußten die Organisationsvertreter immer mehr Angelegenheiten als Beauftragte der Mitgliedschaft selbständig erledigen. Und sie taten und tun dies nach besten Kräften.

Erkämpftes muß verteidigt werden.

Den Mitgliedern ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Funktionäre die notwendige Arbeit besorgen. Geht es nicht nach der passiven Mitglieder Willen, dann hat man einen Freigelassenen. Die allgemeinen Fragen des Klassenkampfes, das alle Organisationsgrenzen und Berufsinteressen überbrückende Solidaritätsbewußtsein wurden, ungewollt zwar, trotzdem folgenlos, ein wenig gepflegtes Pflänzlein. Damit flaute unbewußt das Interesse für das Organisationsleben ab. Der Wagen lief ja von selbst. Geht's mal schief, na, dann schimpft man, zur eigenen Gewissensberuhigung, über die Führer, die gerade so gut wie die Mitglieder in gewissem Sinne Opfer der sie am stärksten beeinflussenden Verhältnisse sind. Man hat anscheinend ganz vergessen, daß mühsam Erkämpftes ständig verteidigt werden muß, soll es nicht wieder verlorengehen. Stillstand gibt es nicht. Entweder Fortschritt und Wehrung des Gewonnenen oder Rückschritt.

Die geschilderte Entwicklung, die Interesslosigkeit der Mitglieder, schwächt unabwendbar die innere Kraft der Organisation, vermindert ihre Werbe- und Schlagkraft.

Die Dinge erkennen, bedeutet, sie schon halb überwunden zu haben. Ein Beispiel nehmen an den Unternehmern. Hier hat sich der Klassenwille bis zum völligen Niederschlagenwollen der Gewerkschaften entwickelt. Mit gleichem Klassenbewußtsein sichert sich die Arbeiterschaft neuen Vormarsch. Überwindung der Situation, die sie in die Defensive drängt, härtet die Organisation für erfolgreiche Offensive gegen das Kapital.

Wenn jedes Mitglied erkennt: Ich bin mitschuldig!, und wenn es sich entscheidet: Nun mit rastlosem Eifer, mit Opferfreude und Begeisterung für die gewerkschaftliche Bewegung alle Kräfte eingespannt!, dann erreicht schnell die Macht, kapitalistischen Übermut zu brechen.

Für die Organisation! Gegen den Klassenfeind des Proletariats! D.

Arbeitsmarkt und Bevölkerungsentwicklung.

Die Entwicklung der Bevölkerung weicht in den nächsten Jahren grundsätzlich von dem aus der Vorkriegszeit her gewohnten Gang ab. Vor dem Weltkriege sind im großen Zuge der Entwicklung von Jahr zu Jahr immer stärker besetzte Geburtenjahrgänge herangewachsen. Dadurch war der Wirtschaft einmal ein stetig wachsender Bestand an menschlicher Arbeitskraft gesichert, und zum anderen war die Gewissheit gegeben, daß sich der Warenverbrauch, soweit er von der Bevölkerungszusammensetzung bedingt ist, in ruhigem Fluß stetig erweitern werde. Der Weltkrieg hat nach zwei Seiten hin Lücken in dem normalen Aufbau der Bevölkerung gerissen. An Toten sind einschließlich der Opfer in der Zivilbevölkerung rund 3 Millionen zu beklagen. Dazu kommen der Ausfall von etwa 3 1/2 Millionen Geburten während der Kriegsjahre und die seither sinkende Geburtenzahl. Alle diese Momente bewirken, daß wir gegenwärtig und auch in den nächsten Jahren wenig Kinder und, trotz der Kriegsverluste, aber dank der starken Besetzung der vom Weltkriege verschonten Jahrgänge nach 1900, viele Erwachsene haben; die Bevölkerung wird demnach in ihrem Gesamtdurchschnitt älter als dies früher der Fall war. Wir hatten nach einer Berechnung des Statistischen Reichsamts im Jahre 1910 bei einer Gesamtbevölkerung von 58 Millionen etwa 20 Millionen Kinder und 38 Millionen Erwachsene, heute, 1930, dagegen bei einer Gesamtbevölkerung von 64 Millionen etwa 15 Millionen Kinder und 49 Millionen Erwachsene.

Aber den Stand und die Gliederung der Bevölkerung im nächsten Jahrzehnt veröffentlicht das Institut für Konjunkturforschung in seinem Wochenbericht Nr. 3/1930 folgende geschätzte Zahlen:

Stand und Gliederung der Bevölkerung.

| Jahr | Alter der Bevölkerung | | | | | | Zusammen | | Bevölkerung insgesamt |
|--------------|-----------------------|--------|-----------------|--------|---------------|--------|----------|--------|-----------------------|
| | bis 15 Jahre | | 15 bis 65 Jahre | | über 65 Jahre | | Zusammen | | |
| | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. | |
| In Millionen | | | | | | | | | |
| 1930 | 7,6 | 7,4 | 21,8 | 23,5 | 1,8 | 2,3 | 31,2 | 33,1 | 64,3 |
| 1931 | 7,6 | 7,4 | 21,9 | 23,5 | 1,9 | 2,3 | 31,4 | 33,3 | 64,7 |
| 1932 | 7,8 | 7,6 | 21,8 | 23,5 | 2,0 | 2,4 | 31,6 | 33,4 | 65,0 |
| 1933 | 8,0 | 7,7 | 21,8 | 23,4 | 2,0 | 2,4 | 31,8 | 33,6 | 65,4 |
| 1934 | 8,2 | 7,9 | 21,7 | 23,3 | 2,1 | 2,5 | 32,0 | 33,7 | 65,7 |
| 1935 | 8,2 | 7,9 | 21,8 | 23,4 | 2,1 | 2,5 | 32,1 | 33,9 | 66,0 |
| 1936 | 8,1 | 7,8 | 22,0 | 23,6 | 2,2 | 2,6 | 32,3 | 34,0 | 66,3 |
| 1937 | 7,9 | 7,7 | 22,3 | 23,8 | 2,2 | 2,6 | 32,5 | 34,1 | 66,6 |
| 1938 | 7,9 | 7,6 | 22,4 | 23,9 | 2,3 | 2,7 | 32,6 | 34,2 | 66,8 |
| 1939 | 7,8 | 7,6 | 22,6 | 24,0 | 2,4 | 2,8 | 32,7 | 34,4 | 67,1 |
| 1940 | 7,8 | 7,5 | 22,7 | 24,1 | 2,4 | 2,8 | 32,9 | 34,5 | 67,3 |

Welchen Einfluß hat diese so zu erwartende Bevölkerungsentwicklung auf den Arbeitsmarkt? Der Antwort, die das Institut für Konjunkturforschung auf diese Frage gibt, entnehmen wir folgendes:

Je mehr die schwach besetzten Kriegsgeburtensjahrgänge in das Erwerbsleben hineinwachsen, desto geringer wird das Angebot an jugendlichen Arbeitskräften. Dies bedeutet zunächst einen Mangel an Lehrlingen, eine Erscheinung, die sich jetzt schon bemerkbar macht. So wird die Zahl der männlichen Erwerbstätigen von 14 bis 18 Jahren voraussichtlich betragen:

| Jahr | 1930 | 1932 | 1934 | 1936 | 1938 | 1940 |
|------|------|------|------|------|------|------|
| | 785 | 483 | 585 | 914 | 809 | 800 |

(In 1000)

Der Tiefpunkt in dieser Entwicklung wird mit 465 000 im Jahre 1933 erreicht. In den folgenden Jahren bis 1936 steigt die Zahl dieser jugendlichen Erwerbstätigen wieder an, und zwar infolge der verhältnismäßig gut besetzten Geburtenjahrgänge 1920-22. Dann folgt wieder ein scharfer Rückgang. Bei den weiblichen Erwerbstätigen in diesem Alter vollzieht sich die gleiche Entwicklung. Natürlich macht sich diese Erscheinung auch bei den höheren Altersgruppen bemerkbar, freilich entsprechend später. So bei den 16- bis 18jährigen nach jeweils zwei Jahren, bei den 18- bis 20jährigen nach jeweils vier Jahren und so weiter.

Diese Entwicklung bedeutet für den Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren unweifelhaft eine Entlastung in allen Bereichen, für die ausschließlich oder vorwiegend jugendliche Arbeitskräfte in Frage kommen. In diesen Bereichen ist daher mit einem Rückgang, ja sogar mit einem ausgeprägten Mangel an Arbeitskräften zu rechnen. Keinesfalls darf man aber für den Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit eine ähnliche Entwicklung, das heißt eine reibungslose Entlastung erwarten. Denn nach wie vor wird in den nächsten Jahren der Hauptteil des Angebots am Arbeitsmarkt aus den sehr gut besetzten Geburtenjahrgängen der Vorkriegszeit bestehen, die sich um so weniger vermindern, je mehr die Sterblichkeit abnimmt. Selbst wenn die schlecht besetzten Kriegsgeburtensjahrgänge in höhere Altersstufen aufsteigen, so macht sich dies in der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nur verhältnismäßig wenig bemerkbar. Wohl wird diese in den Jahren 1931 bis 1934 voraussichtlich leicht zunehmen, in den darauffolgenden Jahren jedoch wieder abnehmen, wenn auch in langsamem Tempo.

Es wird eine Entlastung des gesamten Arbeitsmarktes bis zum Jahre 1940 fest vor allem voraus, daß der Bedarf der Wirtschaft an menschlicher Arbeitskraft weiter steigt. Damit ist an sich im Zuge der allgemeinen Entwicklung zu rechnen. Entscheidend kommt es aber auf das Tempo dieser Entlastung an. Der Arbeitsbedarf der Wirtschaft muß, für das ganze Jahrzehnt 1930 bis 1940 betrachtet, rascher wachsen als die Zahl der Erwerbstätigen zunehmen wird, wenn die struk-

tuelle Arbeitslosigkeit der letzten Jahre ausgeglichen werden soll. Darüber hinaus ist eine wirksame Entlastung des Arbeitsmarktes nach an die Voraussetzung geknüpft, daß das Angebot an älteren Arbeitskräften zur Deckung des Bedarfs an jugendlichen Arbeitskräften herangezogen wird. Dem steht einmal entgegen, daß sich eine Reihe von Arbeiten nur für jugendliche Arbeitskräfte eignen, sodann, daß für jugendliche und ältere Arbeitskräfte wesentliche Lohnunterschiede bestehen. Aus diesen Gründen wird sich der Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt nicht ohne Reibungen vollziehen; er wird aller Voraussicht nach nur bis zu einem gewissen Grade möglich sein, besonders solange der Altersunterschied zwischen den fehlenden und den zuviel vorhandenen Arbeitskräften noch verhältnismäßig groß ist, wie gegenwärtig und in den nächsten Jahren.

Diese Ausführungen rücken von der bisher oft gehörten Behauptung, daß der Geburtenausfall in den Kriegsjahren von 1930 an zu einer spürbaren Entlastung des Arbeitsmarktes führen würde, weit ab. Nur das Angebot an jugendlichen Arbeitskräften wird abnehmen. Womit das Institut für Konjunkturforschung seine Behauptung, daß sich „jetzt schon ein Mangel an Lehrlingen bemerkbar macht“, stützen will, ist unerfindlich. Das Gegenteil ist richtig: viele Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, können keine finden. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in fast allen Berufen die Zahl der Lehrlinge schon viel zu groß ist, jedenfalls steht sie in keinem Verhältnis zu der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeit.

Die Hoffnung, daß der Arbeitsmarkt von der Bevölkerungsentwicklung her zur Gesundung kommen werde, ist also trügerisch. Darauf darf die Arbeiterklasse nicht rechnen. Wenn die Arbeitslosigkeit verschwinden soll, und das soll sie, dann müssen alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich geschlossen hinter die Gewerkschaften stellen, damit diese ihren Willen in Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzen können. Die Wirtschaft muß so organisiert sein, daß bei allem Handeln die Wohlfahrt der Gesamtheit oberstes Gesetz ist. Heute regiert das Kapital, ohne Rücksicht auf die Interessen der Massen. Diesem Zustande gilt es ein Ende zu machen.

Schlechte Bautenkonjunktur.

Nach den an das Statistische Reichsamt berichtenden 89 Städten liegen die Anträge zum Bau von Wohnungen um 27 Prozent unter den Bauanträgen des entsprechenden Berichtsmonats von 1929. Die Zahl der Bauerlaubnisse blieb gegenüber Februar 1929 bei den Wohnungen um 30 Prozent zurück. Die Bauanträge für öffentliche und gewerbliche Bauten waren im Monat Februar um 11 Prozent höher als im Jahre zuvor. Im großen und ganzen zeigen diese Ziffern, daß die Bautenkonjunktur nach wie vor schlecht ist. Draußen stehen Arbeitslose nach Millionen beziffert und hier wird eine Schlüsselindustrie künstlich gedrosselt.

Das Volkshochschulheim Dreißigader.

eröffnet am 20. August 1930 einen Männerkurs, der bis zum 20. Dezember 1930 läuft. Anmeldungen zu diesem Kursus sind möglichst umgehend unter Einreichung eines Lebenslaufes an die Heimleitung Dreißigader bei Meinungen zu richten. Das Schulgeld für den Viermonatskursus beträgt, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gezahlt werden, für Thüringer 35, für Nichtthüringer 40 Tagelöhne; im Minimum aber 150 Mk. einschließlich Kost, Wohnung, Heizung und Licht. Die Reisekosten sind zur Hälfte ermäßigt. Prospekte sind durch die Heimleitung erhältlich.

Das Antiterrorgesetz in Österreich.

Im österreichischen Parlament hat die liberale Mehrheit gegen den heftigen Widerstand der Sozialdemokraten am 5. April ein „Gesetz zum Schutze der Arbeits- und Versammlungsfreiheit“ verabschiedet, das als Antiterrorgesetz bezeichnet wird und in Wirklichkeit ein Gesetz zur Knebelung der freien Gewerkschaften ist.

Das Gesetz spricht die Ungültigkeit von Bestimmungen in Kollektivverträgen aus, wenn solche Bestimmungen mittelbar oder unmittelbar bewirken sollen, daß in einem Betriebe nur Angehörige einer bestimmten Berufsvereinigung beschäftigt werden, ferner wenn sie verhindern sollen, daß Personen beschäftigt werden, die keiner oder einer bestimmten Vereinigung angehören. Demzufolge können die sogenannten Organisationsklauseln in Kollektivverträgen nicht mehr vereinbart werden. Es ist hingegen erlaubt, in einem Vertrage zu vereinbaren, daß sich der Unternehmer einer bestimmten Arbeitsvermittlung zu bedienen hat, soweit nicht nur die Vermittlung bestimmter Gewerkschaftsangehöriger erfolgt oder die Vermittlung bestimmter Personen ausgeschlossen ist.

Das neue Gesetz verbietet dem Unternehmer, Gewerkschafts- oder Parteibeiträge und Spenden vom Lohn oder Gehalt abzuziehen oder bei der Auszahlung des Lohnes in Empfang zu nehmen. Beiträge und Spenden für Wohlfahrts- einrichtungen eines Betriebes sind davon nicht betroffen. Es darf sich jedoch dabei nur um Versorgung, Hilfeleistung in Notfällen, Beihilfe für Urlaub usw. handeln. Die Hilfe muß ausschließlich Betriebsangehörigen zukommen, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu einer Partei oder einer Gewerkschaft. Auch das Kollektivvertragswesen hat einige Änderungen erfahren. Der Abschluß eines Vertrages muß innerhalb 8 Tagen in den Amtsblättern bekanntgegeben werden, und jeder Unternehmer muß den Vertrag im Betrieb öffentlich anhängen. Jeder Vertrag gilt für den ganzen Betrieb, jedoch mit der Einschränkung, daß der Betriebsrat beim Einigungsamt Einspruch erheben kann. Es kann sich also die Mehrheit in einem Betrieb gegen eine Vergewaltigung durch die Minderheit zur Wehr setzen. Dann gilt der Vertrag nur für die Mitglieder der Gewerkschaft, die ihn abgeschlossen hat. Ein Kollektivvertrag der Minderheit ist nur gültig, wenn er nicht ungünstiger ist als der allgemeine Vertrag. Dadurch wird verhindert, daß, von einer Minderheit ausgehend, löhndrückende Versuche unternommen werden.

Bezüglich der Strafandrohungen bei Gewerkschaftszwang sagt das Gesetz: Wer bewirken will, daß in einem Betrieb nur Angehörige einer bestimmten Gewerkschaft beschäftigt werden, oder wer verhindern will, daß in einem Betrieb Personen beschäftigt werden, die keiner Gewerkschaft angehören, wird mit strengem Arrest bis zu sechs Monaten bestraft, wenn er den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt hindert, den freien Entschluß, Arbeit zu geben oder zu nehmen, auszuführen. Wer einen Arbeitnehmer durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt nötigt, einer Gewerkschaft beizutreten oder aus einer solchen auszutreten, wird gleichfalls bestraft.

Anderer Strafbestimmungen wenden sich gegen die Verhinderung, das Sprengen oder Stören von Versammlungen. Es werden hierfür Strafen bis zu einem Jahre festgesetzt. Es wird sogar bestraft, wer an einer auf eingeladene Teilnehmer beschränkten Versammlung unberechtigterweise teilnimmt und die Versammlung, ungeachtet der Aufforderung der Leitung, nicht verläßt.

Bemerkenswert ist an dem Gesetz, daß es sich ausschließlich gegen die Arbeiter richtet. Was hier den Arbeitern bei schwerer Strafe verboten ist, ist den Unternehmern gestattet. Von den Gewerkschaften war ein leidenschaftlicher Feldzug gegen das Gesetz unternommen worden. Er hat zwar die Annahme nicht verhindert, aber doch bewirkt, daß einige Konzessionen gemacht wurden. In einer Betrachtung über das Gesetz sagt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ u. a.:

„Geheuer ist den Antimarxisten bei dem Gesetz gerade nicht: das merkte man schon an der Verhandlung, in der sie die lebhaften Angriffe der Sozialdemokraten ohne Abwehr erduldeten. Aus zwei Gründen nicht. Erstens ahnen sie, daß die Attacke, die sie mit dem Ausnahmegesetz gegen die freien Gewerkschaften reiten wollten, die Kampfschloffenheit der gewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten erst recht befeuern wird; daß die „christlichen“ Verräter da nichts ernten werden. Und zweitens wissen sie, daß die Verbesserungen des Gesetzes über die Kollektivverträge, die die Sozialdemokraten da erzwungen haben, auch zu einer Waffe gegen die Koalitionsbrecher werden können.“

Jedenfalls steht fest, daß der eigentliche Zweck, der mit dem Antiterrorgesetz verfolgt wurde, nicht erreicht werden wird. Es wird den Gegnern nicht gelingen, die Gewerkschaftsbewegung zurückzudrängen. Die freien Gewerkschaften sind in Österreich im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Landes sehr stark entwickelt, und der gegen sie gerichtete Schlag wird schließlich nur die Wirkung haben, sie noch weiter zu stärken.

Vindcar-Fahrräder.

Die Vindcar-Fahrradwerke in Berlin-Nichtenrade sind ein Unternehmen, das sich im Besitz der deutschen Gewerkschaften befindet. Da sie auch anerkannt gute Erzeugnisse herstellen, ist das erst recht ein Grund, bei der Anschaffung eines Fahrrades Vindcar-Räder zu bevorzugen. Von deren Beliebtheit zeugt die starke Steigerung des Umsatzes. Die Vindcar-Werke haben im Jahre 1926 erst 10 000 Räder abgesetzt, der Umsatz hat sich im Jahre 1927 verdoppelt, er stieg im Jahre 1928 auf 32 000 und 1929 auf 44 000. Die Vindcar-Räder werden gegen Wochenraten von 3 Mk. abgegeben. In zahlreichen Städten bestehen Niederlagen der Vindcar-Werke. Wo solche nicht vorhanden sind, geben die Ortsausschüsse des ADGB Auskunft.

Das Kind, kein Engel ist so klein...



*Wohl dem Proleten hat mit Lohn,
Zuerst der liebe Mollatsch.
Ein Engel aufrecht hat Kapital,
dem Arbeitmann barakt! & Oho!*

Eine Waffenschmiede der Gewerkschaften.

Die Bundesschule des A.O.B. in Bernau, die am 4. Mai feierlich eröffnet wurde, bedeutet einen vorläufigen Höhepunkt, sicher aber nicht den Abschluß auf einem wichtigen Betätigungsbereich der Gewerkschaften. Der Förderung der Arbeiterbildung ist von den Gewerkschaften in der jüngeren Zeit ein gesteigertes Interesse entgegengebracht worden, es handelt sich aber hierbei um ein Tätigkeitsgebiet, dessen Bedeutung von den Gewerkschaften von Anfang an gebührend gewürdigt wurde. Man sagt wohl, wenn man den Zweck der Gewerkschaften kurz umschreiben will, sie seien Organisationen zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen; bei näherem Zusehen erkennt man aber, daß das eigentlich nur ein Mittel ist zu dem Zweck, das kulturelle Niveau der Arbeiterklasse zu heben. Und zur Hebung des Kulturniveaus gehört die Bereicherung des allgemeinen Wissens, die Erweiterung des Gesichtskreises der Arbeiter.

Eine große Bedeutung für die geistige Schulung der Arbeiterschaft hat die Gewerkschaftspressen. Im Gegensatz zu anderen Ländern mit zum Teil älterer Gewerkschaftsbewegung hat man in Deutschland die Gewerkschaftszeitungen von vornherein auf ein höheres Niveau gestellt als das eines Mitteilungsblattes über innere Verbandsangelegenheiten. Zu den mannigfachen Anregungen, die den Mitgliedern im Verbandsorgan gegeben wurden, kamen Vorträge in den Versammlungen, Unterrichtskurse für die berufliche Fortbildung, aber auch in den Elementarfächern, um die oft recht großen Lücken zu schließen, welche die Volksschule gelassen hatte.

So wertvoll das alles im einzelnen war, im ganzen war das Vorgehen doch planlos. Diesen Mangel hat man wohl erkannt. Mit dem Wachstum der Gewerkschaften wuchs das Bedürfnis nach Führern. An das Können und Wissen der älteren Führergarnitur waren keine höheren Anforderungen gestellt worden. Ihr Aufgabengebiet war ja auch noch ziemlich eng umgrenzt. Aber einmal im Wasser, lernten sie auch schnell schwimmen. Und es waren nicht die schlechtesten, die in der Erkenntnis der ihnen anhaftenden Schwächen mit eifrigem Fleiß an der eigenen Fortbildung arbeiteten. Von diesen Kreisen kam auf den Gewerkschaftskongressen die Anregung, Einrichtungen zur Ausbildung und Fortbildung von Gewerkschaftsfunktionären zu schaffen.

Dieser Gedanke wurde zum ersten Male verwirklicht mit der von der Generalkommission der Gewerkschaften errichteten Gewerkschaftsschule, deren erster Kursus im August 1906 in Berlin eröffnet wurde. Es waren Kurse, die zunächst auf vier Wochen bemessen, später auf sechs Wochen ausgedehnt wurden. Das Charakteristische an diesen Kursen war, daß die Teilnehmer, aus ihrer Berufstätigkeit herausgenommen, während der Dauer des Kursus sich ausschließlich ihrem Studium widmen konnten. Die Aufgabe, die man sich gestellt hatte, war eng umgrenzt. Durch die Kurse sollten die Teilnehmer in knapper Form in bestimmte Wissensgebiete eingeführt werden. Durch Hinweise auf die einschlägige Literatur wurden ihnen die Wege zu einem systematischen Selbststudium gezeigt.

Die äußere Einrichtung dieser Unterrichtsstätte war primitiv. Das Lehrzimmer war ein Saal des Berliner Gewerk-

ehrenamtlichen Funktionären viele, die in jenen Kursen die Grundlagen für ihre weitere Entwicklung gefunden haben.

Nach der Revolution erhielt das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften eine bedeutende Erweiterung. Zu dem bisherigen Aufgabenbereich, dessen Erfüllung gesteigerte Anforderungen stellte, kamen neue Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiet. Damit steigerte sich das Bedürfnis nach Heranbildung eines geschulten Funktionärkörpers für die Organisationen. In zahlreichen Städten wurden Unterrichtskurse in erster Linie zur Schulung von Betriebsräten eingerichtet. Der anfänglich bekundete Eifer ließ jedoch bei vielen Teilnehmern der Kurse schnell nach. Das ist erklärlich. Die gärende Zeit stellte an den einzelnen, der sich dem Dienst der Gesamtheit widmete,

die Aula, den Speisesaal, zwei Gesellschaftsräume, die Verwaltungsbüros und die Küche. Im Schulflügel sind drei Klassenräume, zwei Seminarzimmer, ferner Bibliothek, Lesesaal und Turnhalle untergebracht. Schließlich gehören zur Schule noch Sportanlagen wie Schwimmbecken und Stadion.

Der Entwurf für die Bundesschule stammt von dem derzeitigen Leiter des Bauhauses Dessau, Hannes Meyer, der aus einem engeren Wettbewerb als Sieger hervorging und dem dann auch die Ausführung des Baues übertragen wurde. Der Leiter des Bauhauses Dessau ist ein Propagandist zweckmäßigster Bauweise, und er hat die Möglichkeit gehabt, dem Gebäude der Bundesschule den Stempel seiner Individualität aufzudrücken. Die einzelnen Räume und die zahlreichen technischen Einrichtungen fanden bei

der Einweihung allgemeine Anerkennung, von den angewandten Bauformen kann das allerdings nicht so uneingeschränkt gesagt werden. Die moderne Baukunst beschreitet bewußt neue Wege, die sich oft von dem Herkömmlichen stark unterscheiden. Der Baukünstler selbst betont freilich, und das ist auch von Hannes Meyer bei der Führung geschehen, daß der Zweck allein die Form des Gegenstandes bestimme, daß man nicht sowohl von Kunst als vielmehr von Zweckformen sprechen müsse. Aber nicht jeder ist imstande, dem kühnen Fluge der modernen Architekten zu folgen. Und so stand, um nur



Bundesschule Bernau, Südanblick.

starke Ansprüche, so daß es an Zeit und vor allem auch an der notwendigen geistigen Konzentration mangelte, um dem in den Abendstunden, nach der Tagesarbeit erteilten Unterricht folgen zu können. Nur eine verhältnismäßig kleine Elite hielt stand. Für das starke Bildungsbedürfnis dieser Elite ist es aber bezeichnend, daß in zahlreichen Städten gewerkschaftliche Unterrichtsstätten bestehen, die in Abendkursen ihren Besuchern wertvolles Wissen vermitteln.

Um weitergehende Bedürfnisse zu befriedigen, wurden, zum Teil mit staatlicher Unterstützung, Einrichtungen geschaffen, in denen dem nach Erweiterung und Vertiefung seiner Kenntnisse strebenden Nachwuchs Gelegenheit gegeben wird, zu lernen. An erster Stelle sind hier die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, die der Universität angegliederte Arbeiterakademie in Frankfurt a. M., die Heimvolkshochschule in Einz zu nennen. Den Schülern dieser Anstalten wird von ihren Gewerkschaften, die ihre Unterhaltskosten bestreiten, die Möglichkeit gegeben, in den sich auf eine Reihe von Monaten erstreckenden Kursen ganz ihrem Studium zu leben. Daneben haben sich andere Einrichtungen entwickelt. Eine Reihe von Gewerkschaften, wie die Verbände der Metallarbeiter, der Fabrikarbeiter und der Bauarbeiter, haben eigene Schulen errichtet. Andere Verbände haben geeignete Heime gemietet, in denen ihre Funktionäre zu kurzen Schulungswochen zusammenberufen werden. Der Unterricht ist hier auf die speziellen Bedürfnisse des betreffenden Verbandes abgestellt. Hauptsächlich an diese Einrichtungen knüpft die Bundesschule in Bernau an.

Die Bundesschule soll in erster Linie ehrenamtliche Funktionäre der Gewerkschaften ausbilden. Die Dauer des Kursus ist in der Regel auf vier Wochen bemessen. Aus dem Betriebe kommende und wieder nach Absolvierung dieser kurzen Wochen in den Betrieb zurückkehrende männliche und weibliche Funktionäre sollen, wie Grafmann in seiner Weiherode sagte, in diesen Wochen eindringen in die Geschichte, in die Verfassung, in die Struktur und in den Wesenskern ihrer Organisation, und darüber hinaus in all die großen Fragen der Sozialpolitik, des gewordenen und des werdenden Arbeitsrechts. Sie sollen die Kenntnisse erwerben, die notwendig sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge, und darüber hinaus sollen sie die großen Zusammenhänge von der einen Organisation zu den übrigen mit uns im Bunde vereinigten erkennen.

Während über bestimmte Wissensgebiete, wie Wirtschaft, Sozialpolitik, Arbeitsrecht, von hauptamtlichen, vom Bundesvorstand angestellten Lehrern unterrichtet wird, ist die Erteilung des Unterrichts in den Spezialfächern, wie die Verhältnisse in den einzelnen Industrien, die Geschichte, das Tätigkeitsgebiet des eigenen Verbandes usw. Aufgabe von Gastlehrern, die von den Vorständen der betreffenden Gewerkschaften gestellt werden. Es finden gleichzeitig je drei Kurse statt mit je 40 Teilnehmern.

Das Städtchen Bernau, der Sitz der Bundesschule, ist von Berlin in halbstündiger Eisenbahnfahrt zu erreichen. Die Schule selbst liegt etwa 4 Kilometer vom Bahnhof entfernt im Walde. Die Gebäude nehmen einen recht erheblichen Raum ein, und bei ihrer Errichtung wurde Wert darauf gelegt, den landschaftlichen Reiz des Geländes voll auszunutzen. Da sind zunächst die Wohnungen der Lehrer, Verwaltungler und Helfer, die als zusammenhängende Einfamilienhäuser mit Vorgärten ausgebildet sind. Im Wohnflügel sind 60 Wohnzimmer für Schüler eingerichtet, die je zu zweien in einem Zimmer wohnen. Die Wohnzimmer sind auf vier Wohntrakte zu je 30 Schülern verteilt, je 10 Schüler wohnen auf einer Etage. Der Hauptflügel enthält die Empfangshalle,

das eine zu erwähnen, der Vertreter des Dachdecker-Verbandes keineswegs allein in der Auffassung, daß die flachen Dächer nicht nur eine Schädigung seiner Berufsgenossen bedeuten, sondern auch das Schönheitsgefühl beleidigen. Aber über den Geschmack läßt sich nicht streiten, und die vorwärtsdrängende Jugend nimmt keine Rücksicht auf Geschmacksempfindungen, die sie als veraltet betrachtet.

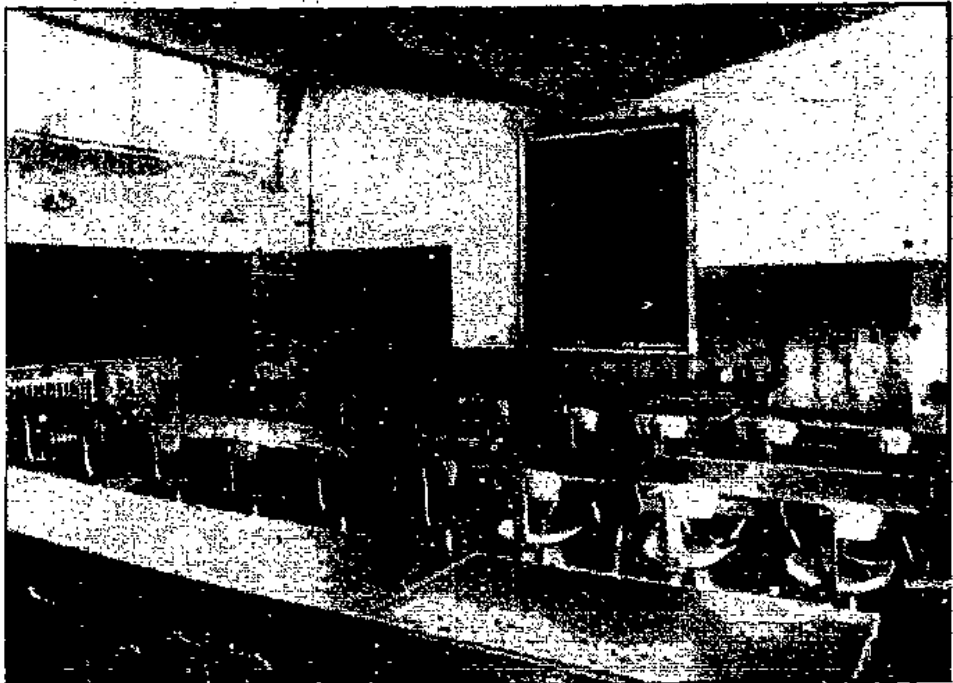
Die Eröffnungsfeier am 4. Mai nahm einen schönen Verlauf. Außer den Mitgliedern des Bundesvorstands und des Bundesausschusses nahm auch eine Anzahl von Freunden und Förderern der gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen an der Feier teil. In seiner Eröffnungsrede teilte der stellvertretende Bundesvorsitzende Grafmann u. a. mit, daß der Bundesvorsitzende Seipart, dem der Bau der Bundesschule sehr am Herzen gelegen habe, leider an der Feier nicht teilnehmen könne. Wenn er auch das Krankenhaus verlassen habe, so werde bis zu seiner völligen Wiederherstellung doch noch einige Zeit vergehen. Die Reichs- und die Landesregierung hatten eine Anzahl Vertreter entsandt. Für die Reichsregierung sprach Ministerialdirektor Sigler, für die preussische Regierung Staatssekretär Staubinger. Beide bekundeten die Anteilnahme der Regierungen an den Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, denen sie große Sympathie entgegenbringen. Den Wandel der Zeiten ließ ein Zitat aus den Akten des preussischen Handelsministeriums, das der letztgenannte Redner zur Kenntnis brachte, recht deutlich erkennen.

Die Bundesschule ist nunmehr ihrer Bestimmung übergeben. Die ersten Kurse haben begonnen. Die Schule ist ein stolzes Wahrzeichen der deutschen Gewerkschaften, das gilt sowohl für das Gebäude als auch für den Zweck, dem es dienen soll. Aus eigenen Mitteln haben die Gewerkschaften diese Waffenschmiede errichtet. Die Bundesschule soll keine



Schülerwohnraum.

Pressuranstalt sein. Sie soll den Schülern wohl Wissen vermitteln, wichtiger aber sind die Anregungen, die sie von der Schule bekommen. Sie sollen lernen, sich weiterzubilden, um sich dann draußen in der Praxis zu tüchtigen Funktionären zu entwickeln. Die Bundesschule soll eine Pflanzstätte sein für den Gewerkschaftsgedanken. Der Samen, der hier ausgestreut wird, soll tausendfältige Früchte tragen. Nicht nur die Werbearbeit für die Gewerkschaften soll befruchtet werden, das geistige Niveau der Gewerkschaftsmitglieder soll von hier aus eine Hebung erfahren. Wir wünschen der Gewerkschaftsbewegung, daß die an die Schule gestellten Erwartungen in reichem Maße erfüllt werden.



Klassenraum.

schaftshauses, der, wie Sassenbach, heute Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftshauses und von jeher ein eifriger Förderer der Arbeiterbildung, gelegentlich der Eröffnung der Bundesschule in Bernau erzählte, am Sonntag als Tanzsaal zu dienen. Neben der Gewerkschaftsschule bestand damals und bis zum Kriegsausbruch die von der Sozialdemokratischen Partei unterhaltene Parteischule, die im wesentlichen gleichen Zwecken diente, aber sich in ihren halbjährigen Kursen höhere Ziele gesteckt hatte. Diese Schulen wurden von einer großen Zahl von Arbeitern besucht. Wenn auch nicht alle Schüler die in sie gesetzten Erwartungen voll erfüllt haben, so gibt es doch unter den Angestellten der Gewerkschaften und ihren



Aus dem Verbandsleben



Der Verband und die Betriebsräte.

Die Organisierung der Wahl der Betriebsräte ist eine Aufgabe der Gewerkschaften. Sie können sich dieser Aufgabe um so nachdrücklicher widmen, als ihnen die neue Fassung des Betriebsrätegesetzes die Möglichkeit gibt, die Wahl von Betriebsräten auch in den Fällen zu veranlassen, in denen der Unternehmer nicht aus eigenem Antrieb den Wahlvorstand bestellt, wenn der seitherige Betriebsrat diese ihm zunächst obliegende Pflicht verabsäumt hat. In der Praxis obliegt die Vorbereitung der Betriebsrätewahl den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften. Aber mit der vollzogenen Wahl dürfen die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten nicht beendet sein. Die Betriebsräte sind auch Funktionäre des Verbandes, und die pünktliche Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat zur Voraussetzung, daß sie mit der Ortsverwaltung ständig im Verkehr bleiben. Das ist bisher nicht überall in genügendem Maße geschehen, und es wäre dringend notwendig, daß diesem Gegenstand noch weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde als bisher.

Besondere Aufgaben erwachsen den Betriebsräten, die in den Aufsichtsrat entsandt wurden. Nach § 70 des Betriebsrätegesetzes werden in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt, „um die Interessen und Wünsche der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten“. Die Kollegen, die in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften der Holzindustrie entsandt werden, sehen sich hier mitunter vor Fragen gestellt, denen sie zunächst ziemlich hilflos gegenüberstehen. Aber die Dinge, die mit der praktischen Geschäftstätigkeit im Zusammenhang stehen, sind sie gut unterrichtet, aber im Aufsichtsrat ist eine gewisse Vertrautheit mit wirtschaftspolitischen Fragen notwendig, wenn der Vertreter des Betriebsrates dort mehr sein soll als nur eine Dekoration.

Die Direktoren und Aktionäre haben kein Interesse, dem Betriebsrat Anleitungen zu geben, sich in diesem Aufgabenbereich einzuarbeiten. Im Gegenteil, sie empfinden es in der Regel sehr unangenehm, daß Vertreter der Belegschaft an den Beratungen des Aufsichtsrats teilnehmen. Meist besitzen sie genügend Menschenkenntnis, um dem lästigen Aufpasser mit äußerer Freundlichkeit entgegenzukommen und bei ihm den Eindruck zu wecken, als würde er für voll genommen. In Wirklichkeit aber sind sie doch darauf bedacht, dem Betriebsrat möglichst wenig Einblick in die Dinge zu gewähren.

Unser Verband legt Wert darauf, den Verkehr mit den Betriebsräten, insbesondere mit denen in den Aufsichtsräten, härter als seither zu pflegen. Er will ihnen Material zur Verfügung stellen, das sie instand setzt, sich mit größerem Verständnis ihren Aufgaben zu widmen. Er will ihnen auch Anfragen möglichst klare und erschöpfende Antworten geben, er erwartet aber auch von den Betriebsräten, daß sie ihm mit Vertrauen entgegenkommen und ihm berichten. Das Gesetz schreibt den Betriebsräten vor, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren. Diese Bestimmung muß beachtet werden. Der Verband will in die Geschäftsgeheimnisse nicht eindringen, aber es gibt neben den Geschäftsberichten, zu deren Veröffentlichung die Aktiengesellschaften ohnehin verpflichtet sind, auch Einzelheiten, wie z. B. Stärke der Belegschaft, die Organisationsverhältnisse der Arbeiter und ähnliches mehr, was nicht zu den Geschäftsgeheimnissen gehört, was aber zu wissen auch anderen Verband interessiert.

Noch fehlt dem Verbandsvorstand eine vollständige Übersicht über die Vertretung unserer Verbandsmitglieder in den Betriebsräten und in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften der Holzindustrie. Deshalb ergeht an alle in Betracht kommenden Kollegen das Ersuchen, soweit sie nicht ohnehin mit der Ortsverwaltung in Verbindung stehen, sich bei dieser zu melden. Der Verkehr der Betriebsräte mit dem Verbandsvorstand soll in der Regel durch die Ortsverwaltung vermittelt werden.

Agitation im Gau Steffen.

In letzter Zeit ist eine systematische Agitation im Gau durchgeführt worden. Bereits im November des vorigen Jahres wurde durch Zirkular den Verwaltungsstellen bekanntgegeben, daß die beiden Gauvorsteher im ersten Vierteljahr 1930 in allen Verwaltungsstellen des Gaues Agitations- und Werbeveranstaltungen abhalten wollen. Die Lokalverwaltungen werden ersucht, diese Veranstaltungen gut vorzubereiten. In allen Verwaltungsstellen sollte durch eine rege Kleinarbeit erreicht werden, die Unorganisierten für den Verband zu gewinnen. Weiter wurden den einzelnen Verwaltungsstellen die Adressen der Ortsvereine in denen Holzarbeiter beschäftigt sind, zur Verfügung gestellt. Jede Ortsverwaltung sollte bis Mitte Dezember dem Gauvorstand einen Agitationsplan als Mittel, wie die örtliche Agitation durchgeführt werden sollte. Abgabe alle Verwaltungen sind diesem Bericht nachgekommen.

Von Mitte Januar bis Mitte April wurden dann in allen Verwaltungsstellen Beratungen abgehalten, in denen die

beiden Gauvorsteher referierten. Als Hauptthema wurde gewählt „Wirtschaftsnot und Gewerkschaften“. Der Besuch der Versammlungen war nicht gleichmäßig, aber im allgemeinen befriedigend, trotz der großen Arbeitslosigkeit. Haben wir doch eine große Anzahl von Orten, wo weit über die Hälfte der Verbandsmitglieder schon lange Zeit arbeitslos sind.

Die Diskussion war fast durchweg überaus sachlich. Vereinzelt machten sich Kommunisten bemerklich, fanden aber keinen Anhang. Nur in Neustadt haben es einige verusfremde Kommunisten fertiggebracht, das Referat zu verhindern. Mehrfach wurden auch in den Versammlungen Neuaufnahmen gemacht. Gute Erfolge zeitigte die Hausagitation. So hat die Anklamer Ortsverwaltung in Dacherow 14 Mitglieder aufgenommen, in Demmin wurden in der Fackelfabrik 20 Kollegen dem Verband zugeführt. In Belgard wurden bereits am Schlusse des Vorjahres 25 Kollegen der Parkettfabrik organisiert, ebenfalls hat die Belgarder Ortsverwaltung in einem Sägewerk in der Umgegend 15 Mitglieder gewonnen. Zwei neue Verwaltungsstellen, Eggwin und Naugard, wurden errichtet. Insgesamt hielten die beiden Gauvorsteher in dieser Zeit 102 Agitationsversammlungen ab. Aus den jetzt vorliegenden Abrechnungen können wir feststellen, daß im ersten Vierteljahr 1930 eine Zunahme von 318 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Wenn wir dazu die Aufnahmen rechnen, die auf Grund dieser Agitation bereits am Schlusse des letzten Jahres zu verzeichnen waren, dann kann man wohl das Ergebnis als zufriedenstellend bezeichnen. Nun liegt es an den Ortsverwaltungen, nicht zu erlahmen. Die Werbearbeit muß fortgesetzt werden, vor allem aber müssen die neugewonnenen Mitglieder dem Verbande erhalten werden.

Die Sehnsucht der Modelltischler.

Das Verlangen nach einem Tarif für Modelltischler, das an dieser Stelle laut wurde, gibt mir als dem Leiter der Nürnberger Sektion der Modelltischler sowie als Teilnehmer der letzten Branchentagung Anlaß zu einigen Bemerkungen. Den Kollegen, die sich von der Aufnahme einer Diskussion zur baldigen Erlangung eines Reichstaris für Modelltischler einen Erfolg versprechen, möchte ich empfehlen, die Entscheidung der Reichskonferenz, die auf Seite 10 des Protokolls abgedruckt ist, zu bewerten als eine nach reiflicher Ermägung für zweckmäßig befundene Richtlinie für eine gesunde Weiterentwicklung unserer Vertragsfrage. Die Anrechnung zur Schaffung eines Reichstaris kam aus Unternehmungskreisen, nämlich vom Reichsverband für das deutsche Modellbauergewerbe. Dieses Gebilde ist doch nicht aus Liebe zu uns entstanden, die Triebkraft hier wird wohl mehr in der Beseitigung des gegenseitigen „Unterbietens“ im Kalkulationswesen zu suchen sein. Wir haben aber auch auf diesem Gebiete Erfahrungen, und besonders wir Nürnberger können feststellen, daß trotz des Segens dieses Zusammenschlusses die Schmutzkonkurrenz züppig weiterleuchte, allerdings verborgener. In ganz kurzer Zeit waren untere Modellfabrikanten, dank ihrer Organisation, so einig, daß keiner den Vorstoß mehr übernahm. Wir waren somit genötigt, die Unterschriften für unser geschaffenes Vertragsverhältnis bei jedem einzelnen der Herren einzuholen. Auf der Konferenz wies der Vertreter des Vorstandes, Kollege Dammmer, darauf hin, daß es still wurde im Unternehmerrlager, als unsere Organisation ein Vertragsmuster von ihr erbat, das in materieller und sozialer Beziehung Verbesserungen gegenüber den bereits bestehenden Tarifverträgen aufzuweisen hätte. Die Herren haben es vorgezogen, sich auszuschweigen, und Kollege Dammmer hatte recht, als er der Vermutung Ausdruck gab, daß ein Vertragsmuster von jener Seite, wenn es noch kommen sollte, sicherlich für uns unannehmbar sein würde. Wir dienen also unserer Sache am besten, wenn wir für das Modellbauergewerbe Anschluß an den Reichstaris für das Holzgewerbe erstreben.

Für die Modelltischler in den Metallbetrieben ist unser nächstliegendes Ziel: uneingeschränktes Mitbestimmungsrecht unseres Verbandes, Heranziehung desselben zu Besprechungen, Vor- und Hauptverhandlungen bei Abschlüssen von Kollektivverträgen in der Metallindustrie. Unterbreiten wir also künftighin unsere Forderungen den örtlichen Verwaltungen unseres Verbandes. Wir müssen verlangen, daß die gegenseitige Fühlungnahme der Verbände frühzeitig genug erfolgt; wir dürfen aber nicht warten, ob uns der große Bruder einladet. In den Sektionen sollten wir keinen so großen Wert darauf legen, die Frage zu diskutieren, ob der Reichstaris heute oder morgen kommt, sondern die Wünsche und Beschwerden der Kollegen sollten erörtert und anhängig gemacht werden. Stellen wir uns einmütig hinter die auf der Konferenz beschlossenen Richtlinien, damit kommen wir vorwärts. In diesem Sinne möchte ich besonders die Kollegen, soweit sie dem Kollektivvertrag der bayerischen Metallindustrie unterstellt sind, ersuchen, ihre Angelegenheit in die Wege zu leiten.

Georg Georgi (Nürnberg).

Mit Laifmann Stefan Nimmner ist am 20. November d. J. folgend

Der zur Ordnung gerufene Gewerbeinspektor.

Als einen Gewerbeinspektor, der nicht behelligt werden will, haben wir im Herbst vorigen Jahres (siehe „Holzarbeiter-Zeitung“ 1929, Seite 380) den Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes in Regensburg unseren Lesern vorgestellt. Es handelte sich darum, daß dieser Gewerbeaufsichtsbeamte nicht zu bewegen war, gegen den Inhaber eines Sägewerks in der Oberpfalz einzuschreiten, der seine Arbeiter zu einer gesetz- und vertragswidrigen Arbeitszeit anhielt. Unserem Gauvorsteher in Nürnberg teilte der Gewerbeinspektor auf dessen Drängen schließlich mit, daß er seine Beschwerden künftig nicht mehr beachten werde.

Damit war aber die Geschwindigkeit nicht beseitigt, und unser Gauvorsteher war genötigt, das bayerische Ministerium anzurufen. Nach geraumer Zeit erhielt er von der Regierung der Oberpfalz eine Mitteilung, in welcher eine objektiv falsche Behauptung über die Arbeitszeit in dem fraglichen Betrieb aufgestellt war, beschwert mit einer Rechnung über 15,50 Mk. für Gebühren. Der Gauvorsteher hat dem Ministerium darauf mitgeteilt, daß er diese Rechnung nicht zahlen werde. Der Erfolg war eine Belehrung durch die Regierung der Oberpfalz, dahingehend, daß die Gebührenforderung auf gesetzlichen Vorschriften beruhe.

So weit war die Sache damals gediehen. Unser Gauvorsteher hat sich dann erneut an das Ministerium gewandt, diesmal mit Erfolg. Ihm ist jetzt der Bescheid zugestellt worden, den das Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit (Abteilung Arbeit) an die Regierung der Oberpfalz gerichtet hat. Dieser vom 21. März 1930 datierte Bescheid besagt, daß auf die Beschwerde des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Gau Nürnberg, die Entscheidung der Kreisregierung aufgehoben wird. Das betrifft die Gebührenfestsetzung, und in dem Schreiben des Ministeriums wird ausführlich auseinandergesetzt, daß die Gebührenforderung rechtswidrig ist. Der Bescheid des Staatsministeriums beschäftigt sich auch mit dem sachlichen Inhalt der Beschwerde und führt dazu aus:

„Auch in sonstiger Hinsicht mußte der Beschwerde stattgegeben werden. Zwar erscheint der in Frage kommende Betrieb zurzeit keinen Anlaß mehr zu Beanstandungen hinsichtlich der Arbeitszeit zu geben, doch hat die Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, Kammer des Innern, den Hinweis des Staatsministeriums für Landwirtschaft und Arbeit (Abteilung Arbeit) in der MKC. vom 11. Februar 1929, Nr. 11 k 1 auf den allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 15. August 1924 in ihrer Entscheidung vom 10. April 1929 nicht genügend gewürdigt, und der Aufsichtsbeamte hat es unterlassen, die Antragsberechtigung gemäß § 23, Absatz 3, Satz 2 B. G. in Ermägung zu ziehen.“

Wir können uns mit dieser Entscheidung der Angelegenheit zufrieden geben. Wenn der Leiter der Gewerbeaufsicht in Regensburg aus dem Vorgang die Lehre zieht, daß ein vernünftiger Verkehr mit den Gewerkschaften für die Erfüllung seiner Amtspflichten nur von Nutzen sein kann, dann wäre das recht erfreulich.

Der Mann mit dem Jauchelübel.

Wir meinen natürlich den berühmten Herausgeber des Berliner „Holzmarkt“, Herrn Otto Fernbach, der wieder einmal das Bedürfnis hat, unseren Verband mit Schmutz zu bewerfen. Er nimmt dazu die Abrechnung unseres Verbandes zur Hand, die in sehr ausführlicher Weise in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurde. Durch einiges Jonglieren mit den Zahlen kommt er zu der Feststellung, daß die Verwaltung des Verbandes fast 5 Millionen Mark kostete. Dazu bemerkt er:

„Man muß schon sagen, daß die Holzarbeiter ihrem Vorstand und der Verwaltung bei der Bewirtschaftung der Arbeitergroßen eine bewundernswerte Toleranz entgegenbringen. Die in solcher Gewerkschaft angestellten Genossen sind große Genießer! ... Die Verwaltung nimmt für sich einen Betrag in Anspruch, der fast zwei Drittel der Summe der für Unterstufungen verausgabten Gelder ausmacht. Das ist ungeheuerlich und nur in einer Gewerkschaft möglich. Es ist imponierend, wie dumm die Masse der Holzarbeiter ist, wie sich die braven Schäflein scheren lassen.“

Und an diese vornehme Kritik fügt Herr Fernbach den folgenden Satz: „Und nun heraus mit dem Jauchelübel, Herr Holzarbeiter-Zeitungs-Redakteur, er steht ja immer aufbereit bei Ihnen.“

Wenn ein ernst zu nehmender Gegner Kritik an der Abrechnung unseres Verbandes üben sollte, würden wir ihm gern entsprechende Aufklärung geben. Die Phrase von den Gewerkschaftsführern, die sich von den Arbeitergroßen mästen, ist aber schon so anrüchlich, daß sie kein anständiger Mensch, er mag sonst zu den Gewerkschaften stehen wie er wolle, mehr in den Mund nimmt. Aber jeder benutzt eben die Waffen, mit denen er am besten umzugehen weiß. Daher ist es auch verständlich, daß Fernbach im „Holzmarkt“ mit dem Jauchelübel hantiert. Ein Duell mit dieser Waffe lehnen wir ab. Es genügt, daß wir unseren Lesern zeigen, mit was für einer Sorte von Ehrenmännern wir uns herumschlagen müssen.



Holzindustrie



J. Brünning u. Sohn AG.

Von der Direktion der J. Brünning u. Sohn AG. in Potsdam erhielten wir am 5. Mai ein Schreiben, das wir nachstehend, hoffentlich zur Freude der Abnehmerin, in voller Größe und ohne jede Änderung, nur unter Weglassung der An- und Unterschriften, veröffentlichen:

Wir haben es bisher unterlassen, zu den vielfachen Unrichtigkeiten und den Tatsachen widersprechenden Angaben Stellung zu nehmen, die Ihre wirtschaftlichen Betrachtungen über die Holzwirtschaft im allgemeinen und die Sperrholzindustrie im besonderen häufig enthalten, da wir volles Verständnis dafür haben, daß Sie glauben, Ihrer Leserschaft scharfmacherische, gegen die Arbeitgeberchaft aufhebende Artikel vorsetzen zu müssen, selbst gegebenenfalls auf Kosten der Wahrheit!

In Nr. 14 Ihrer Zeitung bringen Sie indes einen Artikel, der sich speziell mit unserer Firma beschäftigt, und zwar in derart wahrheitswidriger, tendenziöser Aufmachung, daß die Absicht, damit unsere Arbeiterchaft zu verheizen und ihr die wirtschaftlichen Gründe für die heutige schwierige Lage unserer Industrie aus begreiflichen Gründen zu verschleiern, unverkennbar ist.

Wir sehen uns deshalb in diesem Fall zu einer Berichtigung veranlaßt und stellen entgegen Ihren Behauptungen hiermit fest:

1. Das Gesamteinkommen sämtlicher in der zentralen Verwaltung Potsdam beschäftigten 58 Angestellten einschließl. 3 Direktoren (nicht 4, wie Sie schreiben) sowie eines Delegierten des Aufsichtsrats und vier Prokuristen belief sich im Jahre 1929 auf nachweisbar insgesamt 280 600 M.

In dieser Summe sind auch die einigen Herren gewährten Repräsentationsgelder mit enthalten.

2. Die Bezüge der Direktionsmitglieder machen daher, wie sich schon aus dem zu 1. Gesagten naturgemäß ergibt, nur einen Bruchteil der Summe aus, die Sie leichtfertigerweise in Ihrem Artikel genannt haben.

3. Der Personalbestand sowohl an leitenden wie an sonstigen Angestellten ist keinesfalls zu groß, wenn man berücksichtigt, daß wir zu einem großen Teil unsere Ware entgegen den Gepflogenheiten anderer Werke den Konsumenten direkt zuführen und deshalb einen außergewöhnlich großen Kundenverkehr haben, der sich in mehreren tausend, Konten ausdrückt.

4. Tatsächlich war die deutsche Sperrholzindustrie, als Ganzes betrachtet, im Vorjahre nicht nur schlechter beschäftigt, sondern sie konnte selbst den verminderten Absatz sich teilweise nur zu Verlustpreisen sichern. Wie in so vielen anderen Deutschen Industriezweigen liegt auch hier die Ursache des Übels in einer übermäßig starken Einfuhr seitens solcher Länder, die unter günstigeren Arbeitsbedingungen zu produzieren vermögen.

Wir sehen uns veranlaßt, unserer Arbeiterchaft vorstehende Berichtigung durch öffentlichen Anschlag in unseren Werken zur Kenntnis zu bringen."

Am beim letzten Abfah dieses vom Generaldirektor des Unternehmens, Herrn Schweizer, unterzeichneten Schreibens anzufangen: Daß dieser Brief der Belegschaft der einzelnen Werke durch Anschlag am Schwarzen Brett zur Kenntnis gebracht werden soll, freut uns. Da zu befürchten ist, daß er dort nicht die genügende Beachtung findet, drucken wir ihn auch an dieser Stelle ab. Über die "Holzarbeiter-Zeitung" wird er nicht nur allen Beschäftigten der Gesellschaft bekannt, sondern darüber hinaus noch verschiedenen hunderttausend anderen Personen. Auf diese Weise lernt man die Direktion der Brünning AG. weit über den Kreis ihres Machtbereichs kennen — und entsprechend schätzen.

Nun zum Hauptteil des Schreibens. Wir hatten in unserer Notiz in Nr. 14 der "Holzarbeiter-Zeitung" gesagt, daß die Brünning AG. einen viel zu großen Verwaltungsapparat habe, und daß hierauf die ungünstige Gewinnentwicklung zurückzuführen sei. Herr Schweizer bestreitet das, wir bleiben jedoch bei unserer Auffassung. Und wir glauben annehmen zu dürfen, daß wir dabei nicht allein stehen, sondern viele geschäftstüchtige Unternehmer auf unserer Seite haben. Herr Schweizer wird es verstehen, daß wir seiner Behauptung, die Vorstandsgehälter (nach dem Börsenprospekt der Gesellschaft vom Juli 1929 hat sie 4 Vorstandsmitglieder, und daran hat sich unseres Wissens bis heute nichts geändert) machen "nur einen Bruchteil der Summe von 280 600 M." aus, zweifelnd gegenüberstehen. Stimmt dies, so würden die leitenden Herren der Brünning AG. kaum ein so hohes Gehalt haben wie der Syndikus eines mittleren Unternehmerverbandes. Dies zu glauben, ist eine Zumutung, die über unsere Kraft geht. Daß die Brünning AG. ihrer Leitung gegenüber nicht einzig ist, geht auch daraus hervor, daß die 12 Aufsichtsratsmitglieder (außer dem Erlass ihrer barem Auslagen) für nichts und wieder nichts eine jährliche Entschädigung von mindestens 1000 M. erhalten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter erhalten sogar je 2000 M.

Daß die Direktion der Brünning AG. die Rechtschaffenheit in der Sperrholzindustrie und in der Holzwirtschaft anders als wir sieht und beurteilt, ist selbstverständlich. Denn wir vertreten ja nicht die Privatinteressen einer Firma oder einer bestimmten Bevölkerungsschicht, sondern die Interessen der Allgemeinheit. Wenn es richtig ist, was Herr Schweizer behauptet, daß die Sperrholzindustrie, als Ganzes betrachtet,

im Vorjahr schlechter beschäftigt gewesen ist als 1928, dann verstehen wir nicht, warum in diesem Jahre trotz alledem die meisten Werke vergrößert worden sind. Unsere Erhebung über den Stand der Sperrholzindustrie um die Jahreswende 1929/30 ("Holzarbeiter-Zeitung" Nr. 15, 16 und 17) bringt diese Tatsache deshalb nicht voll zum Ausdruck, weil um diese Zeit viele Werke bereits wieder große Arbeiterentlassungen vorgenommen hatten. Immerhin wurden noch 269 Beschäftigte mehr gezählt als Ende 1928. Die Brünning AG. hat an diesem Zuwachs keinen Anteil. Im Gegenteil: ihre Beschäftigtenzahl ist zurückgegangen. Das ist um so auffälliger, da fast alle anderen großen Werke in der gleichen Zeit eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen hatten. Die Dinge liegen also schon so, daß die weniger gute Lage der Brünning AG. mit der allgemeinen Lage in der Sperrholzindustrie nur lose zusammenhängt.

Wenn Herr Schweizer uns unterstellt, daß wir "den Tatsachen widersprechende Angaben" machen, "selbst gegebenenfalls auf Kosten der Wahrheit", so riecht das nach der "Haltet-den-Dieb-Methode". Wo die Zweckliche zu Hause ist, beweist folgendes: Am 2. Mai ist dem W.B.-Handelsdienst von der Direktion der Brünning AG. mitgeteilt worden, daß der Geschäftsgang des Unternehmens unbefriedigend gewesen ist, und daß eine Besserung auch jetzt noch nicht eingetreten ist, "was am besten daraus hervorgehe, daß nach der Statistik der Gewerkschaften von 23 000 Holzarbeitern in Berlin allein 16 000 arbeitslos seien". Eine Gewerkschaftsstatistik mit solchen Zahlen gibt es natürlich nicht. Wohl ist es richtig, daß auf den Berliner Arbeitsnachweisen jetzt noch rund 16 000 arbeitslose Holzarbeiter eingetragen sind, aber diese Zahl kann nicht in Verbindung gebracht werden mit der frei erfindenen Beschäftigtenzahl von 23 000, sondern in Berlin leben rund 45 000 Holzarbeiter. Der Zweck der Verschweigung der richtigen Zahl ist klar: die Wirtschaftslage soll noch schwächer erscheinen, als sie es ohnehin schon ist. Denn die Direktion der Brünning AG. braucht ihren Aktionären und der Öffentlichkeit gegenüber eine einigermaßen plausible Erklärung dafür, warum ihr Geschäftsgewinn diesmal kleiner ist als in den letzten Jahren. Allein diese Leistung der Direktion der Brünning AG. beweist, daß sie wie niemand sonst berechtigt ist, andere der Unwahrhaftigkeit zu zeihen.

Herr Schweizer wird auch diese Zeilen wieder als einen "aufhebenden Artikel" bezeichnen. Na, wenn es ihm Spaß macht, lassen wir ihm dieses Vergnügen.

Berliner Holzkontor-AG.

Die Berliner Holzkontor-AG. weist in ihrem Abschluß für 1929 einen Reingewinn von nur 65 431 M. aus. Im Vorjahr betrug dieser 258 307 M. und 1927 sogar 548 179 M. Während in diesem Jahre 8 Prozent Dividende gezahlt wurden, kamen 1928 nur 6 Prozent zur Auszahlung, und für 1929 gehen die Aktionäre ganz leer aus. Bieweit hierbei Zweckgründe eine Rolle spielen, läßt sich nicht klar übersehen. Zweifellos war das Holzgeschäft im letzten Jahre nicht so gewinnbringend wie in manchen früheren Jahren, aber es war doch nicht so schlecht, daß daraus allein der ungünstige Abschluß der Holzkontor-AG. erklärt werden könnte. Die Gesellschaft ist ein altes solides Unternehmen, das im In- und Ausland wertvolle Besitzungen hat und insgesamt etwa 1000 Personen beschäftigt.

Der Geschäftsbericht klagt über "Abjagrückgang bei sinkenden Preisen". Das gelte für Schnittmaterial wie für Rundholz aus den eigenen Wäldern. Nur mit dem Exportgeschäft von Danzig aus ist die Gesellschaft zufrieden. Aber die Aussichten im laufenden Jahre heißt es in dem Geschäftsbericht: "Die Verkaufspreise haben nach unserer Ansicht ihren Tiefstand erreicht. Bei einer eintretenden Besserung der Gesamtwirtschaftslage, die infolge des niedrigen Zinsniveaus zu erwarten ist, dürfte auch die Holzwirtschaft wieder eine Belebung erfahren und einen besseren Preisstand ihrer Erzeugnisse erreichen können. In unseren Werken Oberberg und Berlin O. haben wir einige moderne Arbeitsmaschinen aufgestellt, um die Leistungsfähigkeit dieser Betriebe zu heben."

Merke! Humor.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter schreibt in seinem neuesten Flugblatt u. a. folgendes: "Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter lehnt die sozialdemokratischen Ziele ab, weil sie auf einer rein materialistischen Diesseitskultur, also einer Kultur ohne Gott aufgebaut sind und infolgedessen den Menschen nicht zu seinem ihm vom Herrgott bestimmten Glück hin-, sondern davon wegführen. Auch wird mit den sozialistischen Zielen nie eine die Arbeiterchaft befriedigende Diesseitskultur erreicht werden. Die Praxis beweist es überall. Bis jetzt haben noch in allen Ländern die sozialdemokratischen Rezepte in der Praxis gründlich verlagert. Auf sie Verzicht leisten und dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter angehören, bedeutet daher für jeden Kollegen und jede Kollegin einen Gewinn." — Ob der Verfasser dieser Zeilen sich bei ihrer Niederschrift etwas gedacht hat? Und was werden die Arbeiter von sozialer Weisheit halten?

Reichsverband des Korbmachergewerbes.

Der Reichsverband des deutschen Korbmachergewerbes veröffentlicht jetzt seinen Geschäftsbericht für 1929. Am Jahresschluß waren ihm angeschlossen 7 Bezirke und Landverbände (Brandenburg und Ostmark, Halle a. d. Saale, Bayern, Sachsen, Schlesien, Nordwestdeutschland, Unterfranken) und 55 Innungen einschließlich einiger Innungsverbände, ferner noch 17 Einzelmitglieder. Die Mitgliederzahl betrug 1990. Vor etwa 4 Jahren rechnete der Unternehmerverband mit 2550 Mitgliedern.

Der Reichslohntarif habe deshalb nicht zustande kommen können, weil der Reichsverband nach der heutigen Rechtslage nicht tariffähig sei. "Um es zu werden, müßte er sich entweder auf die Einzelmitgliedschaft umstellen oder alle seine Innungen müßten ihm eine schriftliche Vollmacht geben, für sie über einen Reichslohntarif zu verhandeln und gegebenenfalls einen solchen in ihrem Namen abzuschließen. Beide Wege sind für uns ungangbar, sie führen uns nicht zum Ziel." Weil — das wird im Geschäftsbericht zwar nicht gesagt, es ist aber hinlänglich bekannt — die Mehrheit der Korbmachermeister von tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen nichts wissen will. Der Geschäftsbericht beschäftigt sich u. a. eingehend mit dem Hausierwesen, das angeblich an der Notlage des Gewerbes mitschuldig ist. In Gemeinschaft mit dem Reichsverband des Handwerks ist gefordert worden, daß die Ausstellung eines Wandergewerbescheines von der Prüfung der Bedürfnisfrage abhängig gemacht wird. Die Regierung habe für diese Forderung früher Verständnis gezeigt, heute lehne sie sie ab, da sie mit der in der Verfassung gewährleisteten Gewerbefreiheit im Widerspruch stehe. Die Annahme, daß das Gewerbe von der Einschränkung des Hausierwesens einen Nutzen hätte, ist trügerisch. Auch der Kampf gegen das Ausprellen in der Lose von Korbwaren ist eine völlig nutzlose Sache. Die Korbmachermeister lieben es aber, mit Pappfädeln gegen Popanz zu kämpfen. Sie sollten sich dann auch nicht wundern, daß ihre Organisationsarbeit nichts weiter ist als eine einzige Enttäuschung.

Richard Weber.

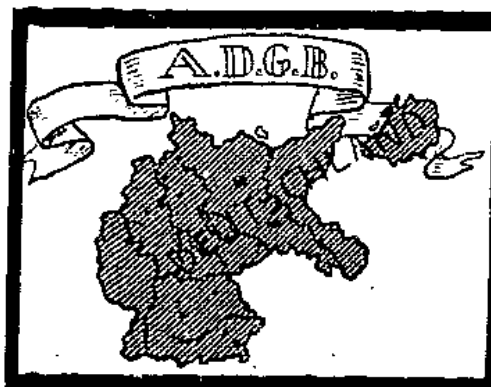
Am 27. April verstarb an den Folgen einer Operation der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der südwestdeutschen Sägewerksindustrie, Herr Richard Weber (Mitinhaber der Firma Wielandt u. Weber in Obertstal-Murgtal). Mit ihm ist eine markante Persönlichkeit der südwestdeutschen Sägewerksindustrie aus dem Leben geschieden. Die Tätigkeit des Verstorbenen als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes hat auch bei der Arbeiterchaft Achtung und Anerkennung gefunden. In den vielen Verhandlungen der elfjährigen Tarifgemeinschaft hat Herr Weber niemals den sachlichen Boden verlassen. Seine ruhige Art und sein Gerechtigkeitsgefühl gegen jedermann haben manche Gegensätze gemildert und die Einigung bei den Verhandlungen ermöglicht. Er war auch ein guter Kenner der Wirtschaft, insbesondere der Holzwirtschaft. Mit dem Arbeitgeberverband beklagen auch wir den Tod dieses hervorragenden Menschen. F. F.

Aus der tschechoslowakischen Holzindustrie.

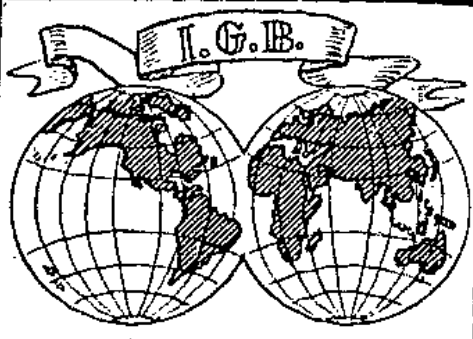
In der Tschechoslowakei ist kürzlich eine Zählung der Betriebe mit mehr als 18 Arbeitern durchgeführt worden. Dabei wurden für die Holzindustrie ermittelt 1776 Betriebe mit 70 477 Arbeitern, davon waren 10 554 Frauen. Auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilen sich Betriebe und Arbeiter wie folgt:

| Gewerbegruppen | Betriebe | Arbeiter insgesamt | Davon | |
|--------------------------------|----------|--------------------|--------|--------|
| | | | Männer | Frauen |
| Sägewerksindustrie | 992 | 31 840 | 30 299 | 1541 |
| Holzbearbeitung | 245 | 10 950 | 8 681 | 2269 |
| Möbelindustrie | 362 | 18 518 | 13 959 | 2559 |
| Spielwarenindustrie | 50 | 2 283 | 1 533 | 750 |
| Drechslerereien | 82 | 4 375 | 2 117 | 2258 |
| Rüsten- und Korbwarenindustrie | 45 | 2 511 | 1 334 | 1177 |

Diese Statistik umfaßt, wie bereits gesagt und was stets beachtet werden muß, nur die Betriebe mit mehr als 18 Arbeitern. Da es in der Sägewerksindustrie und in der Holzbearbeitung (welche Betriebsarten unter diese Bezeichnung fallen, ist aus der uns vorliegenden Veröffentlichung leider nicht zu ersehen; wahrscheinlich Sperrholz, Furnier, Schäl-, Sabelwerke und ähnliche Betriebe) nur wenige Unternehmungen mit weniger als 18 Arbeitern gibt, werden hier fast alle Betriebe und Beschäftigten erfaßt sein. Anders liegen die Dinge in den übrigen Gewerbegruppen, hier gibt es zahlreiche kleinere Betriebe. Ihre Zahl läßt sich nicht einmal annähernd richtig schätzen. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Betrieben einschließlich der Heimarbeit schätzt unser in Reichenberg erscheinendes Bruderblatt "Der Holzarbeiter" auf etwa 53 000. Rechnet man diese den in den größeren Betrieben Beschäftigten hinzu, so kommt man auf rund 120 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.



Gewerkschaftsbewegung



Tagung des Bundesauschusses.

Die Sitzung des Bundesauschusses, die am 5. Mai in Berlin abgehalten wurde, tagte unter dem Vorsitz von Peter Graßmann, der einleitend einige Mitteilungen über die Tags zuvor eingeweihte Bundesschule machte. Als Leiter der Schule ist Dr. Seelbach berufen, dem als ständige Lehrer Dr. Gustaw und Dr. Groffe zur Seite stehen. Gegen eine im Tätigkeitsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände aufgestellte Behauptung, daß die Kosten für die Bundesschule in Bernau aus dem Ruhrfonds stammen, der den Gewerkschaften seinerzeit von Seiten der Regierung bewilligt worden ist, hat der Bundesvorstand nachdrücklich protestiert. Die Mittel für die Schule sind vollständig von den Gewerkschaften aufgebracht. In diesem Zusammenhang erwähnte Graßmann auch den Feldzug, den der nationalsozialistische Minister Fried gegen die Volkshochschulen Thüringens führt. Er hat hierbei auch die Gelder für die Heimvolkshochschule Tinz vertragswidrig um zwei Drittel gekürzt. Hiergegen ist ein Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet worden. Vorläufig hat der Bundesvorstand die Fortsetzung des jetzt laufenden Kurses gesichert.

In einem kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen über eine Reihe noch vorliegender Gesetzentwürfe erwähnte Graßmann insbesondere die Entwürfe zu dem Arbeitsschutzgesetz, dem Berufsausbildungsgesetz, dem Vergarbeitsgesetz und dem Gesetz zum Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher in der Glasindustrie. Besondere Maßnahmen vorzuschlagen, um dem Zustrom junger Erwerbssuchender für einzelne Gewerbe abzuwehren, muß der Bundesvorstand ablehnen. Er hält es nur für möglich, die Jugendlichen davor zu warnen, Berufe zu ergreifen, in denen das Mißverhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsgelegenheit besonders groß ist.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorsitzenden gab Schlime vom Bundesvorstand einen Bericht über die Reglungen, die mit den verschiedenen Gewerkschaften, insbesondere dem Gesamtverband getroffen worden sind, um die Rechte der Mitglieder der Filmgewerkschaft zu wahren, die bekanntlich am 30. April aus dem Verband des A.D.G.B. ausgeschieden ist. Außerdem behandelte er die Frage der Anerkennung der 25jährigen Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften. Der Bundesvorstand hält es für richtig, daß, wie es in der Mehrzahl der Organisationen gehandhabt wird, Mitglieder, die im Laufe von 25 Jahren verschiedenen Verbänden angehört haben, ebenfalls behandelt werden wie die Mitglieder, die 25 Jahre einem Verband angehören.

Über den Stand der Arbeitslosenversicherung berichtete sodann Spliedt vom Bundesvorstand. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist noch sehr ungünstig. Die Absichten der neuen Reichsregierung bezüglich der Arbeitslosenversicherung sind noch nicht bekannt, es ist nur vorgelegen, daß das Reichsarbeitsministerium bis zum 15. Mai Vorschläge über den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben machen soll. Auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung soll Vorschläge unterbreiten. Daß im Vorstand der Reichsanstalt eine Einigung auf bestimmte Vorschläge erzielt werden kann, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Die nächsten Monate werden daher neue Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung bringen. Solcher begründete dann eine vom Bundesvorstand vorgeschlagene Entschließung, die vom Bundesauschuss angenommen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

Entschließung.

Der Bundesauschuss des A.D.G.B. betont erneut, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Lasten in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt werden sollen. Während auf der einen Seite dem Arbeitgeber und dem Staat gewaltige Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, werden auf der anderen Seite an notwendigen Kosten des Sozialrats unerträgliche Kürzungen vorgenommen. Daher ist es zurzeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinten bürgerlichen Parteien abzuwehren und die Arbeiterklasse darüber aufzuklären, welche wichtigen sozialen Errungenschaften auf dem Spiel stehen und welche Ziele die neue Bürgerblockade verfolgen.

Gegenüber den auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Behauptungen erhebt der Bundesauschuss angesichts der anhaltend fürchterlichen Lage des Arbeitsmarktes die Forderung nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und nach verstärktem sozialem Schutz. Zum ersten geht es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Fortsetzung der Nationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervorzuheben, die Bereitstellung von Mitteln zum stärkeren Ausbau der öffentlichen Arbeiten und zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaus, insbesondere des gemeinnützigen Wohnungsbaus; zum zweiten ist die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung ein dringendes Gebot. Die Forderung der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die trotz der starken Beschränkungen der Zahlungen bereits überschritten worden sein dürfte, läßt erheben, wie außerordentlich hoch die ständig wachsende Gefahr der Arbeitslosigkeit ist. Auch in der Zeit vom 15. März bis

15. April d. J. wurden rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Die Städte, die jetzt bereits rund 300 000 Erwerbslose in der Wohlfahrt zu betreten haben, können weitere Lasten auf die Dauer nicht tragen. Der Bundesauschuss fordert daher die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bezugsdauer.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Internationalen Gewerkschaftskongress. Hierzu gab Graßmann bekannt, daß der Bundesvorstand als stimmberechtigte Delegierte zum Stockholmer Kongress die Kollegen Leipart, Graßmann, Umbreit und Eggert vorschlägt, dazu die Kollegin Hanna als Vertreterin ohne Stimmrecht. Außerdem sind acht stimmberechtigte Delegierte und drei weitere Vertreter zu wählen. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundes im I.G.B. und die Aufgaben des Stockholmer Kongresses hob Graßmann hervor, daß die Frage des Sitzes des I.G.B. und die Wahl des Generalsekretärs auch den bevorstehenden Kongress beschäftigen werden.

In der Aussprache wurde mehrfach betont, daß eine Verlegung des Sitzes von Amsterdam nach Berlin dem Gedeihen und der Aktivität des I.G.B. sehr zuträglich wäre. Zu Delegierten werden einstimmig gewählt: die Kollegen Baeg, Bernhard, Schumann, Schefel, Brandes, Reichel, Schrader, Sufemann, zu Stellvertretern Mahler, Bren, Ströhlinger, Rucher sowie die 5 vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidaten.

Der Bundesauschuss beschäftigte sich sodann mit dem Entwurf eines Internationalen sozialpolitischen Programms, der vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes vorgelegt ist. Die Entscheidung darüber soll der Internationale Gewerkschaftskongress in Stockholm treffen. Über den Entwurf referierte Umbreit. Er wies darauf hin, daß der I.G.B. wiederholt sozialpolitische Fragen behandelt hat, und besonders seine Mitarbeit am Internationalen Arbeitsamt in Genf ist vorwiegend sozialpolitischen Inhalts. Aber was ihm bisher fehlte, das war ein sozialpolitisches Programm, das die Arbeit in den angeschlossenen Ländern nicht bloß einheitlich inspiriert und vorwärtstreibt, sondern auch die gemeinsame internationale Arbeit möglichst auf den gleichen Nenner bringt. Damit soll natürlich nicht verbunden sein, daß der sozialpolitische Fortschritt in den einzelnen Ländern abhängig gemacht wird von dem Tempo der rückständigen Staaten.

Der internationale Arbeiterdichus ist abhängig vom Ausgleich der Arbeitsverhältnisse auf dem Weltmarkt und von internationalen Vereinbarungen, die gleiche Soziallast in allen Ländern zu übernehmen. Ein Land kann nicht dauernd ohne wirtschaftliche Nachteile größere Lasten übernehmen, wenn andere Länder sich sperren und mit ungezügelter Arbeit ihr soziales Dumping fortreiben dürfen. Deshalb hat man sich auch in Washington 1919 und später in Genua und Genf auf eine Reihe internationaler Arbeitsschutzforderungen verständigt, und die ganze Arbeit des Internationalen Arbeitsamts dient diesem Bestreben. Freilich sieht es mit der offiziellen Anerkennung dieser Verständigungsformeln seitens der einzelnen Länder noch sehr übel aus.

Bei der internationalen Sozialpolitik handelt es sich aber nicht um den Arbeitsschutz allein, sondern es gehören dazu auch die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Tarifverträge, das Schlichtungs- und Berichtigungsrecht, die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Wanderungsschutz, das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht usw. In weiterer Auffassung gehören auch der Lohnschutz und das ganze Arbeitsvertragsrecht, die Wohnungsfürsorge, die Jugendfürsorge und viele andere Zweige des öffentlichen Wirkens dazu. Es ist eine Frage der Erziehung und der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Stärke und Aktionskraft in den einzelnen Ländern, von denen jeder Fortschritt abhängt. Ein internationales Sozialprogramm soll den Genossen in den rückständigen Ländern die Arbeit erleichtern, ohne den Kampfesgeist in den fortgeschrittenen Ländern abzuwachen. Ein solches Sozialprogramm kann natürlich nicht allzulehr ins Einzelne gehen, sondern muß sich auf die großen, bedeutsamen Forderungen beschränken; es muß weitreichende Ziele aufstellen, ohne alle dazwischenliegenden Etappen bezeichnen zu müssen. Das kann ruhig der Aktion der einzelnen Landeszentralen überlassen bleiben.

Von dem vorliegenden Entwurf sagt Umbreit, daß er sich recht weit von dem Ziele lapidarer Kürze entferne. Es handelt sich dabei im wesentlichen um einen weiteren Entwurf, der in Amsterdam noch eine Reihe von Erweiterungen, die nicht gerade Verbesserungen sind, erfahren hat. Was dabei herausgekommen ist, das ist ein Entwurf, der aus einer Einleitung und 16 Abschnitten mit zahllosen Einzelheiten und Sozialforderungen besteht, von denen zu befürchten ist, daß, wenn sie von den Verbandsvorständen unter die Lupe genommen werden, sie deren Ansprüchen nicht einmal genügen, sondern noch vervielfältigt werden könnten.

Eine wesentliche Vereinfachung des Entwurfs als internationale Diskussionsgrundlage ist also nicht zu vermeiden. Ein internationales Programm muß knapp und

weitgesteckt sein, muß große Ziele enthalten, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. Sachr der Landeszentralen wird es dann sein, die Lücken bis zu jenen Zielen auszufüllen, sei es durch spezielle Durchführungsbeschlüsse zur Aktion oder durch Agitationschriften zur Propaganda. Freilich müssen die Ziele im Bereich des gewerkschaftlichen Bemögens liegen, dürfen keine Utopien sein, über die kein Gegner mit uns ernsthaft streitet, und die höchstens die Kommunisten reizt, uns beim Wort zu nehmen. So hat es z. B. keinen Zweck, heute allorts den Sechsstundentag zu fordern, selbst wenn wir überzeugt wären, daß die rationalisierte Wirtschaft mit sechs Stunden täglicher Arbeitszeit heute vielleicht schon auszukommen vermöchte — weil die Gewerkschaften keines Landes ernsthaft an die Erklämpfung desselben heranzutreten vermöchten. Dagegen wäre der Siebenstundentag oder die Fünftagewoche oder selbst die Fünfeinhalbtagewoche als Ziel noch immer weitreichend genug, um die Kräfte anzuspannen, wenn die allgemeine Forderung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, die den einzelnen Ländern die freie Wahl für die Durchführung läßt, nicht ausreichen sollte.

Daß man für Jugendliche neben der Ausdehnung des Schulkalters bis zum 18. Jahre obligatorischen Fach- und Fortbildungsunterricht unter Einrechnung der Schulzeit in die Arbeitszeit fordern muß, weiterhin Ausschluß von der Vergararbeit unter Tage und von gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen, ist wohl selbstverständlich. Weniger verständlich erscheint aber die Forderung längerer Ruhepausen als für erwachsene Arbeiter, zumal dies die Beschäftigung Jugendlicher im Arbeitsprozess erschwert. Dies gilt auch für Frauen. Dagegen wäre ein unterschiedsloses Verbot der Nachtarbeit zu besürworten, ausgenommen für solche Betriebe, in denen die technische Natur der Arbeit es erfordert oder wo es im öffentlichen Interesse oder in Fällen von Gefahr erforderlich ist. Für Sonntagsarbeit hat wie für Nachtarbeit der Grundlag zu gelten, daß ein Verbot für alle Fälle zu verlangen ist, in denen nicht der kontinuierliche Betrieb technisch erforderlich ist oder öffentliche Interessen, allgemeine Bedürfnisse oder höhere Gewalt sie bedingen. In allen Fällen darf die Wochenarbeitszeit durch solche nicht verlängert werden. Der Grundlag höherer Bezahlung für Über-, Nacht- und Sonntagsarbeit ist festzuhalten.

Beim Gefahrenschutz wird man es vermeiden müssen, sich in Einzelheiten zu verlieren. Immerhin wird man Forderungen, wie der Gleichstellung von Berufskrankheiten mit den Unfällen, sowie der Aufstellung einer internationalen Giftliste zustimmen können.

Für die Heimarbeit ist der Ausschluß gesundheitsgefährlicher Arbeitsprozesse sowie der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln festzuhalten. Hinsichtlich der Lohnämter und Mindestlöhne sollte man sich auf die Heimarbeit beschränken und auf den Versuch verzichten, sie auf andere Gewerbe zu übertragen.

Der Abschnitt „Sozialversicherung“ zeichnet sich durch bemerkenswerte Kürze aus, dem nichts hinzuzufügen ist, ebenso die Abschnitte über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung.

Der Abschnitt „Tarifverträge“ betont allzulehr die freie Vereinbarung, als ob die Gewerkschaften samt und sonders Gegner von Zwangstarifen wären, namentlich auch, wenn sie den Unternehmern durch andere Mittel als allein durch gewerkschaftliche Kraft aufzuzwingen wären. Wer die tarifliche Abneigung des Unternehmertums kennt, wird mit der Forderung tariflicher Regelung aller Arbeitsverhältnisse nicht bei der Freiheit der Arbeitgeber haltmachen können.

In dem Kapitel „Arbeitsvertrag“ wird Trennung von Arbeits- und Mietvertrag, daneben besonderer Schutz der Bewohner von Werkwohnungen verlangt. Für ein internationales Programm dürfte die erste Forderung ausreichen. Völlig unerfindlich ist es aber, daß der Entlassungsschutz für Arbeiter und Angestellte verschieden behandelt und für letztere allein eine besondere Entlassungsentuschädigung gefordert wird. Gegen diesen Teil des Entwurfs, der übrigens vom Vorstand des I.G.B. in Amsterdam gegen den Willen des Vertreters des A.D.G.B. in den Entwurf aufgenommen worden ist, wurden bei der Aussprache im Bundesauschuss starke Bedenken geäußert. Auch bezüglich anderer Teile des Entwurfs wurden Anregungen zur Ergänzung und Abänderung gegeben. Entsprechend dem Vorschlag von Umbreit wurde der Bundesvorstand ermächtigt, mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Sozialpolitik im Bundesbureau den Entwurf einer Nachprüfung und Vereinfachung zu unterziehen. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß der Entwurf an der Hand dieses deutschen Antragsentwurfs in Stockholm von den Sozialpolitikern der vertretenen Länder ein bis zwei Tage vor dem Kongress einer Vorberatung unterworfen werde, damit der Kongress zu einem befriedigenden Ergebnis kommen kann.

Nach Erledigung der Tagesordnung lenkte Graßmann noch die Aufmerksamkeit auf die Internationale Hygienausstellung in Dresden. Er empfahl, gewerkschaftliche Tagungen dort abzuhalten, um den Kollegen Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellung zu geben.



Unterhaltung und Wissen



Andreas Kirchnahrs alte Uhren.

Von A. von Sacher-Masoch. (Schluß.)

Dit begegnete ich ihm auf seinen Spaziergängen, aber nie gelang es mir, mehr als wenige Worte mit ihm zu wechseln, denn er war immer sehr zerstreut und sehr in Eile. Es lag ihm daran, schnell wieder heimzukommen, denn daheim wartete der Sohn auf die Rückkehr des Vaters. Einmal befragte ich ihn jedoch über seine Uhren, denn es war allgemein bekannt, daß der seltsame Kauz eine der schönsten Uhrensammlungen besaß. Aber eiferfüchtiger noch als seinen Sohn Joseph hütete er seine Uhren. An jenem Herbstabend nun wollte ich meinen Weg fortsetzen, nachdem der Uhrmacher hinter dem Regenvorhang verschwunden war, als Andreas Kirchnahr zum zweiten Male vor mir auftauchte. Er rief mir zu, ich möge ihn begleiten. Daraus erkannte ich, daß er mich vorhin dennoch gesehen haben mußte.

Er sprach etwas hastig und abgehackt und klopfte mir mit seiner knochigen Hand unbeholfen auf die Schulter: „Komm, Bürschchen“, sagte er, „ich will dir meine Uhren zeigen.“ Und dann sagte er noch, gleichsam zu sich selbst, vor sich hinstammelnd: „Der Joseph ist so allein.“

„Ich will gern mitgehen, Meister Andreas“, sagte ich, und ich meinte es ehrlich. Obgleich mich natürlich die alten Uhren mächtig anzogen, lockte mich vielleicht noch mehr die Aussicht, den stillen, feinen Kirchnahr'schen Knaben zu sehen, für den ich eine Art schener Verehrung empfand. Wir waren schon in der Nähe des schmalen, stockhohen Uhrmacherhauses



angelangt. Aus einem Fenster des ersten Stockwerkes drang mattes Licht und auf der anderen Straßenseite schaukelte die silberne Kugel, das Wahrzeichen des „Blauen Jgel“, leicht hin und her. Andreas Kirchnahr blieb plötzlich stehen und packte mich beim Arm. Ein wunderschöner, melodischer, angezogener Ton drang aus dem Uhrmacherhaus, schwellte wie jubelnde Posannen, zitterte durch die stille, abendliche Wäse und verlor sich hinter dem Türkenhügel in der Dämmerung. Der alte Mann neben mir stand vorgeneigt, wie erstarrt, und ich empfand verwundert, daß er lauschte. Das wäre nichts Ungewöhnliches gewesen, denn auch ich suchte erseht auf beim soeben vernommenen Ton. Aber der Alte lauschte, wie ich noch nie einen Menschen lauschen sah. Nicht nur mit den Ohren — mit allen Sinnen. Ich sah ihn von der Seite an und dachte halb unbewußt: Er lauscht mit den Händen, mit den vorgebeugten Schultern, mit den wirren, niederbaumelnden Haaren...

„Was war das?“ fragte ich nach einer Weile. „Eine Uhr“, sagte Andreas Kirchnahr, drehte mir den Rücken zu und schloß die Haustür auf. Dann fügte er ziemlich zusammenhanglos hinzu: „Der Arzt war heute hier.“ Er sagte, er hätte einen Mißfall erlebt. Der zweite Lungentümel sei an der Reihe. Aber das geht doch nicht so einfach“, murmelte er, während wir die Treppen hinauffstiegen. „Solange die Uhr schlägt, ist keine Gefahr, Bürschchen.“

„So“, jagte ich, „keine Gefahr?“ Aber ich verstand nicht, was er meinte. Und es fiel mir ein, daß die Leute den alten Mann für verrückt hielten. Ich mochte mir meine Gedanken darüber. Aber es sollte nicht lange dauern, bis ich verstand, welche Bewandnis es mit dem Schlag der Uhr hatte.

Au jenem Abend sah ich an Joseph Kirchnahr's Lager und der Knabe bekannte mir, wie es um ihn stand. Der Vater war gerade nicht im Zimmer. Vom Sterben sprach der blonde Joseph Kirchnahr, und das milde, verklärte Lächeln wich keinen Augenblick aus seinem schmalen, kantigen Gesicht. „Es ist mir leid um Andreas“, so nannte er seinen Vater, „er bleibt ganz allein.“

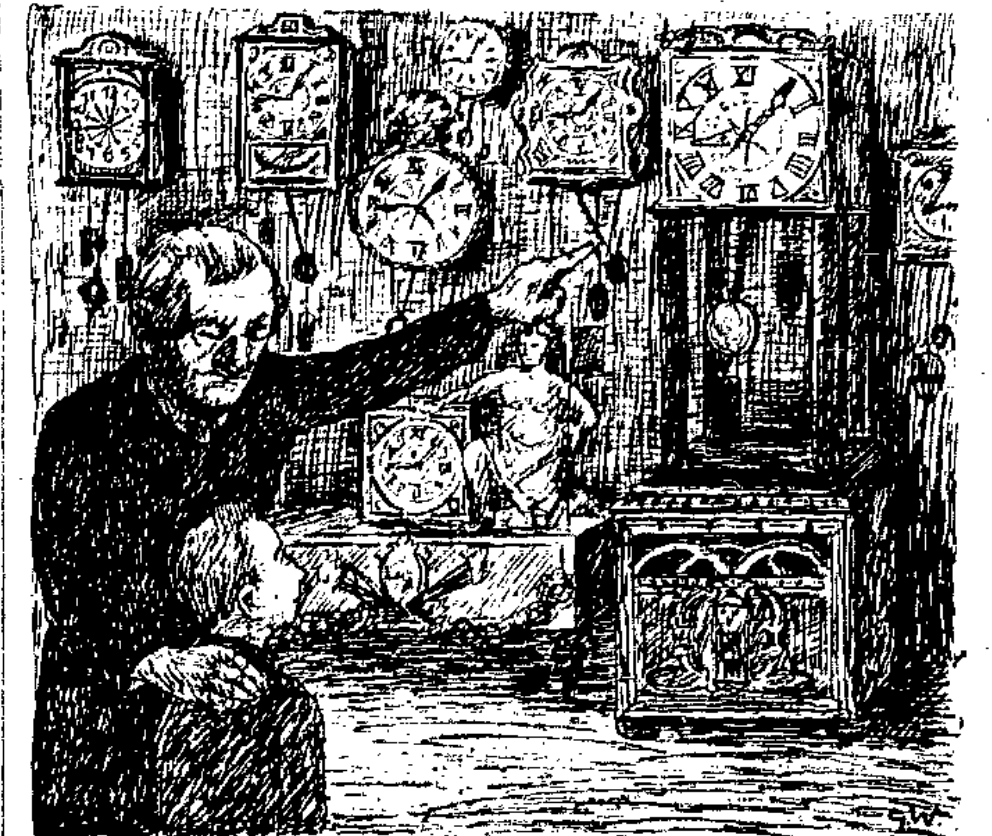
Beim Abschied gab er mir lächelnd die gleiche, wackelige Hand und sagte: „Komm jetzt häufiger Karl.“

„Ja“, antwortete ich, „ich werde kommen.“ Der Alte führte mich in ein großes Zimmer, das angetüllt war mit Uhren jeder Größe und Art. Alte Räderwerke, Gehäuse mit Kupferornamenten verziert und Stücke mit fein gravierten, silbernen Zifferblättern, Uhrwerke, die

den Lauf der Sonne, des Mondes und der Sterne anzeigten, aus den Anfängen des Uhrmachertums und Uhren mit seltsamen Alchimistenzeichen. In der Mitte aber stand, erhaben wie auf einem Altar, die schönste der Uhren, aus getriebenen Silberfüßen zusammengefügt, und als wir eintraten, holte sie gerade zum Schläge aus. Das war der Ton, den wir vor der Haustüre vernahmen. Und dann erklärte mir Andreas Kirchnahr in seltsamer und verworrener Rede, daß eben diese Uhr eng verknüpft mit dem Leben seines Sohnes sei. Nie würde sie stillstehen, immer würde sie schlagen, betraut und behütet von seiner Hand, und er sei ein Meister seines Faches. Denn solange sie geht und schlägt und das seine Räderwerk klaglos und genau ineinandergreift, sei keine Gefahr für Josephs Leben zu befürchten. Eine Lebensuhr sei es, ein seltsames Stück. Und er zeigte mir die eingravierte Jahreszahl, die bezeugte, daß die Lebensuhr aus der Vorzeit des Uhrmachergewerbes stamme. Staunend lauschte ich Andreas Kirchnahr's Worten. Und ich weiß, daß ich, an jenem Abend heimgekehrt, alle Uhren in unserem alten

Hause mißtrauisch betrachtete, ob nicht etwa eine darunter sei, deren Stillstand mein Leben persönlich bedrohte.

Aber von diesem Tage an hatte das Leben des Uhrmachers für mich große Bedeutung erlangt. Unentwegt



In einer alten Schreinerwerkstatt...

Wir alle wissen längst und lasen tausendmal:
Der Schreiner zimmert des Lebens äußere Dinge
Jedem Menschen: Die frühe Wiege und den späten Sarg.
Wahrhaftig! Das wissen wir schon längst.

Aber mehr als dieses nur: Ein phantastisch Gemisch
Aus zarter Jugendwirklichkeit und rauhem Mannestraum,
Blieben der Schreiner und sein Handwerk
Wie ein verliebt Erlebnis mir im Blut.

Das Elternhaus. Der alte Garten. Davor die Werkliatt.
Darin der Vater und die drei Gesellen.
O Wintertage, wenn schon um vier die Dämmerung kam,
O gute Wärme zwischen Sägemehl, Leimgeruch und Spänen!

Im hohen Eisgußofen knisterten die Buchenscheite,
Lind in der Vesperstunde — sie dehnte sich, so lang's besiedte —
Säßen die Gesellen auf der runden Bank,
Ein Knabe zwischen ihnen: welt- und lernbegierig

Ja, so gin Vesper schwab — da tat sich auf die Welt;
Die sehnsuchtsvoll begehrte und noch unbekannt;
Auch eine zweite andere große Welt
Stieg aus der dämmerdunklen Werkstatt auf:

„Die graue Gegenwart, die ist nur heut und morgen,
Denn eines Tags,“ so spricht der schwäbische Geselle,
„Da wird der Sozialismus sein und alle frei...“
Er sprach und kaute, der Knabe lauschte, fragte...

Und eines Mittags — wieder ging vom Zukunftsstaat
In unruh-flackerndem Wort die Rede —
Hebt in der kleinen Werkstatt an das Lied:
„Der Bahn, der kühnen, folgen wir — die uns geführt Lassa!e.“

Das Lied, es blieb dem Knaben tief im Sinn...
Und als es Feierabend war, fragt' er den Vater:
„Lassa!e, was ist's mit ihm? Wer war das, Vater?“
Er nahm ein Buch vom Brett, blätterte darin

Und erzählte dem Sohn vom flammenden Kämpfer,
Dem berebten Rebellen und stürzenden Stern —
Bis die Mutter hereinkam und die Suppe brachte.
Tags darauf — es war am Sonnabend und Zasttag —

Schenkte der Vater eine ganze Mark dem Knaben
Und als der Kospporteur kam, jagte er zu ihm:
„Bring dem Bub ein Bild von Lassa!e!“
Das kam unter Glas und in einen Rahmen,

In einen Rahmen von Cannelholz, schwarz gebeizt,
Und wurde aufgehängt über dem Bett des Knaben.
Wie war er stolz!... Die Werkstatt war die erste Schule
Wo aufstach dem Jungen eine bessere Welt.

Und während die Männer eifrig Turniere leimten,
Die hobel stifteten und die Späne westen,
Die leinenen Polierlappen kreisten, Sägen knarrten
(O, Atem aus Holz, Positur und menschlicher Wärme!),

Reiste der Knabe neugierig zum Jüngling heran —
Sut behütet, kameradschaftlich betraut
Von drei guten Gesellen und einem liebenden Vate.
In der kleinen Werkstatt vor dem alten Garten.

Verfanken längst das Elternhaus, die Werkstatt.
Die Namen der Gesellen längst vergessen, der Vater tot.
Kriegsjahre, Not und Bitternis und Einsamkeit:
Fast wie in grauer Vorzeit liegt jenes friedvolle Leben.

War es einmal?... Jochschliche nur sekundenlang die Augen,
Und wieder ist lebendig jene gute Knabenwelt:
Die lange Winterdämmerung, die Hobelbänke, die Luft,
Die Menschen und die neue, groß erschlossene Welt.

Die unbezwingbar bleibt,
Weil ihr die Zukunft ist.

forschte ich nach dem Treiben des Sohnes und Vaters in der Türlengasse. Es wurde Winter und der Dezember kam, dieser harte, unerbittliche Geselle, und Joseph Kirchnahr's Todesahnung rückte ihrer Erfüllung immer näher. Der Knabe war um diese Zeit so bleich und abgemagert, daß es den Arzt selbst in Erstaunen versetzte, ihn noch lebendig zu sehen. Der Arzt erklärte einmal meinem Großvater gegenüber mit der herkömmlichen Brutalität vieler Ärzte, der junge Kirchnahr sei ein Anachronismus: Er müßte schon lange tot sein, dennoch lebe er.

Andreas Kirchnahr aber saß abends im „Blauen Jgel“ und lauschte Stunde um Stunde dem Schläge der seltsamen Uhr, der bis hierher vernehmbar war. Und hier saß er auch in der Neujahrsnacht und lauschte dem Uhrschlag, und war ruhig. In dieser Nacht aber betrog ihn die Uhr, die er Jahre hindurch so sorgsam betraut hatte: Denn als er heimkam, lag Joseph steif und kalt in seinem Bette und rührte sich nicht. Im großen Zimmer aber holte die Lebensuhr zum Schläge aus und ihr Ton vibrierte herrlicher durch das ganze Haus als je zuvor. Ein neues Jahr begann, die Uhr ging weiter. Nie wieder hatte Meister Andreas sie aufgezoogen.

Das ist die Geschichte Andreas Kirchnahr's, den sie vor einer Woche hier, in der südlichen Ecke des Friedhofes, begruben.

Neuport in Zahlen.

Nach der neuesten Statistik leben in Neuport fast sechs Millionen Menschen, von denen zwei Millionen Fremde sind. Danach gibt es in Neuport mehr Italiener als in Rom, mehr Deutsche als in Bremen, und die dort wohnenden Israeliten bilden ein Zehntel der ganzen jüdischen Weltbevölkerung. Es gibt in Neuport mehr Telephone als in London, Paris, Berlin, Leningrad und Rom zusammen. Die Stadt besitzt fünf Häfen, die zu den größten der Welt gehören; sie hat mehr als 2000 Theater und Kinos und mehr als 1500 Kirchen. 300 000 Besucher kommen täglich nach Neuport; alle 32 Stunden kommt ein Zug mit Reisenden an. Alle 13 Minuten feiert man eine Hochzeit, alle 6 Minuten gibt es eine Geburt. Alle 10 Minuten wird eine neue Firma eröffnet und alle 51 Minuten erhebt sich ein neuer Bau zum Himmel.

Gibt es nikotinfreien Tabak?

Die Tabakerzeugnisse, die als „nikotinarml“ oder „nikotinfrei“ angeboten werden, sind manchem Kettenraucher ein „gesundenes Freßfen“, denn er glaubt nun, seiner Leidenschaft ohne Schädigung für seinen Körper nachgehen zu können. Aber nach den Untersuchungen von Parlen, über die in der Wochenchrift „Die Umschau“ berichtet wird, ist es bei vielen dieser Tabate mit der „Nikotinarml“ recht schlecht bestellt. In den von dem Gelehrten untersuchten Proben, die als nikotinarml auf den Markt kamen, war nicht mehr als ein Drittel bis höchstens die Hälfte des Nikotins wirklich beseitigt. Das wäre so immerhin schon etwas, wenn nur alle Tabaksorten in ihrem Nikotingehalt gleichwertig wären. Das ist aber keineswegs der Fall. Der Nikotingehalt schwankt in den Tabaksorten sehr stark, und so kann es vorkommen, daß ein Tabak, dem auf künstlichem Wege Nikotin entzogen ist, doch noch mehr Nikotin enthält als eine Sorte, die nicht behandelt, aber von Natur nikotinarml ist. Den niedrigsten Nikotingehalt bei einem behandelten Tabak fand Parlen unter allen Proben mit noch 0,75 Prozent. Das ist aber nicht viel weniger als viele gute Tabake aus Savanna, Porto Rico und der Türkei enthalten (die etwa 1 Prozent Nikotin aufweisen). Mit der „Entnikotinierung“ ist es daher nicht getan. Viel wichtiger wäre es, den Tabak vorher auf seinen Nikotingehalt genau zu untersuchen und dann eine künstliche Behandlung vorzunehmen.

Bücher und Zeitschriften.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale und die europäische Gewerkschaftsbewegung. Von Paul Olberg. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Stuttgart. 108 Seiten. Preis 2,50 Mk., für die Mitglieder der freien Gewerkschaften 1,50 Mk. — Für denjenigen, der das Treiben der Kommunisten in den deutschen Gewerkschaften auch nur oberflächlich betrachtet, ist es klar, daß diese Bewegung keine gewerkschaftlichen Ziele verfolgt. Sie wird von der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau dirigiert, die es als ihre Aufgabe betrachtet, die europäische Arbeiterbewegung der in Rußland herrschenden kommunistischen Partei dienstbar zu machen. Ihr kommt es nicht darauf an, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu fördern, sondern sie betrachtet es als ihre Aufgabe, Streiks zu inszenieren, sie zu erweitern und so die „Weltrevolution“ herbeizuführen, die zum Siege der russischen Diktatur führen soll. Der Wert der vorliegenden Schrift liegt darin, daß sie an Hand der amtlichen bolschewistischen Quellen die europäische Gewerkschaftspolitik Moskaus schildert. Der Verfasser ist ein guter Kenner der sozialen und politischen Bewegungen Rußlands, und er hat auch das Treiben der Propagandisten Moskaus in den europäischen Ländern und insbesondere auch in Deutschland aufmerksam verfolgt. Seine Schrift ist daher

eine wirksame Waffe zur Abwehr der kommunistischen Quertreiberei in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die politischen Gefangenen in der Sowjet-Union. Von N. Abramowitsch. Mit einem Vorwort des Vorsitzenden der „Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen“, Senator Louis de Broquière (Brüssel) und Arthur Crippien. Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin. Preis 60 Pf. — Der Verfasser hat in dieser Schrift einwandfreies Material zusammengetragen, das Einblick gibt in das System der Unterdrückung und des Terrors der kommunistischen Machthaber in Rußland. Der Inhalt des Buches ist eine einzige Anklage gegen die heutige russische Willkürherrschaft.

„Verordnung des Reichsarbeitsministers über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten.“ Neue, wesentlich erweiterte Auflage. 88 Seiten. Preis 1 Mk. Verlagsanstalt deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. — Die Broschüre enthält die Verordnung des Reichsarbeitsministers und dessen ergänzende Rundschreiben und Richtlinien sowie auch die Durchführungsverordnungen sämtlicher Landesregierungen. Außerdem haben Dr. med. Weyer-Brodny und Professor Dr. Chajes wertvolle Beiträge über die Berufskrankheiten und ihre Bekämpfung beigegeben.

„Die Partei der Phraze.“ Herausgegeben vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. B., Sitz Magdeburg. Preis 50 Pf. — Die vorliegende Broschüre beschäftigt sich mit der Unecheltheit der nationalsozialistischen Agitation. In

geradezu vernichtender Weise wird an Hand reichen Materials mit den Hakenkreuzlern abgerechnet. Ein sorgfältig bearbeitetes Verzeichnis erhöht den Wert der Schrift, die ein gutes Hilfsmittel im Kampf gegen die Nationalsozialisten ist.

Ratgeber für die Arbeitslosenversicherung. Von Friedrich Klees. (Heft 8 von Bordels Schlüsselbüchern.) Fünfte Auflage. 48 Seiten. Verlag Friedrich W. Bordel, Leipzig C. 1, Königstraße 26B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Herausgegeben von Friedrich Klees. (Nr. 45 von Bordels Textausgaben.) Dritte Auflage. 96 Seiten. Verlag Friedrich W. Bordel, Leipzig C. 1, Königstraße 26B. Einzelpreis 1,40 Mk., bei Partiestellungen von 5 Stück an Ermäßigungen.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. 1930. Heft 4. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G.m.b.H., Berlin C. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

Zentralrentenkasse der Schlicher usw., Hamburg
Abrechnung der Hauptkasse für April 1930.
Einnahme 49 059,67 Mk.
Ausgabe 20 703,28 Mk.
Mehreinnahme 28 356,39 Mk.
Th. M a l c h o w, Hauptkassierer.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Hobelbänke

von 51,50 Mark an. Werkzeuge liefert zu günstigen Zahlungsbedingungen Vetter & Bellinger, Niederrhein (Württg.), Hobelbank- und Werkzeugfabrik.

Porenpulver u. Azetol.

für gewichene, mattpolierte Möbel. Zeurol für Stühle Lackpolitur. Unterbreiten Sie bitte dieses Angebot Ihrem Herrn Arbeitgeber.

Holzverarbeitungsfabrik A. Zeurol

Berlin SW 68, Hollmannstrasse 11.

Hobelbänke

la Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindel, zum Reklamepreis von 98 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. in Briefmarken erhältlich.

Max Walther

Dresden-Alt. 22, Rehefelder Str. 53

Gummiwaren

Engl. Artikel. Preisliste 0 gratis. „Medicus“ Berlin SO. 68, Alte Jakobstraße 8.

Saufwerte.

la Qualität, Doppelschneckenwerk (2 Stk. 30-cm-Platten spielend) kompl. 25 cm Blattenteller mit Filzbezug, Schlangentonarm, Gedelstübe, la Spezialschalldose. Preis: 26 Mark. Prospekt gratis u. franko von O. Elge, Braunschweig, An der Petriförde 2.

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)

Staatsschulrat: Prof. Dr.-Ing. Klopfer. Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienerf. Priv. Leitung: Dr. Ludw. Reineking.

Diese Uhr

24-Stund.-Ziffernblatt, la Ankerwerk, versilb. m. vergold. Rändern, sowie gutvergold. Kavalierkette m. 6,50

21. schriftl. Gar. 1. nur zus. M. 6,50 Erwin R. Berthold, Halle a. S. 30

Holzsammlungen

sowie Einzelhölzer, über 200 versch. Holzarten. Vollständiges Verzeichnis aller bekannten Holzarten u. Namen mit Preisen für die Sammelmuster 1 Mk. gegen Voreinsendung. Postscheck Stuttgart 2822. Th. Graser, Stuttgart - Feuerbach.

Fach- und Vorlagenwerke für die Holzindustrie, Gesetzbücher und deren Kommentare, sozialpolitische, arbeitsrechtliche und wissenschaftliche Werke sowie Romane, überhaupt jedes im Buchhandel erschienene Buch bestellt der Verbandskollege nur bei der Ortsverwaltung, sie bezieht ihren gesamten Bedarf bei der Verlagsanstalt des Deutsch. Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Wir empfehlen allen Organisationen, Theatervereinigungen, Gesangchören Saalbesitzern usw. sowie Privaten das gute und preiswerte

Bayreuther Piano

überall beliebt und empfohlen. Bayreuther Piano-fabrik GmbH., Bayreuth, Jean-Paul-Str. 16. Niederlagen: München, Schwandlstr. 27 / Nürnberg, Christoph-Weiss-Strasse 15 / Hersbruck, Prager Strasse

Sage Deinem Betriebsleiter PORA

Furnierungsmittel, Furnierleim, Casein-Kalkleim, Zinol, das selbsttätige Zinkzulagen-Reinigungsmittel, bedeuten Geldersparnis, Arbeitsvereinfachung. — Aufklärungsschriften und Proben kostenlos! Pora wird in mehr als 12000 Betrieben, in führenden Grossbetrieben verwendet. — Schreiben Sie bitte an PORA-WERK PAUL SCHROT, ALLENDORF AN DER WERRA

Neue Gänsefedern,

wie von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gereinigt, Pid. 3 Mk., beste Qual. 3,50 Mk., Halbdaunen, gereinigt 5,—, 7-Daunen 6,75, Volldaunen 9,—, 10,50 Mk. Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 4,—, 5,25, 5,75, la 7,50 Mk. — Garantie für reelle, staubfreie Ware, ab 5 Pfund portofrei. Versand per Nachnahme.

Frau A. Wodrich, Gänsemast, Neutrebbin (Oderbruch)

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 50 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbweiße flaumige 1,20 Mk. und 1,40 Mk., weiße flaumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste geschlossene Halbflaum-Herrschafsfedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk. Ruffedern, ungeschlossene, m. Flaum gemengt, halbweiße 1,75 Mk., weiße 2,40 Mk., 3 Mk.; allerfeinster Flaumruff 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pf. an franko. Muster und Preisliste kostenlos. S. Benisch in Prag XII, Ameriká ul. Nr. 26 180, Böhmen.

Sprechmaschinen-Laufwerke

la Doppelschneckenfederwerk (2 Stk. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 26 cm Plattenteller mit Tuchbezug, Schlangentonarm, Mark 26

sowie Hausstanduhrwerke und Hobel in allen Preislagen

Versand per Nachnahme, Katalog gratis und franko an Jedermann von Robert Husberg, Neuenrade i. W. Nr. 10



Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes nur auf Homocord Schallplatten

Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten 4-2293: Empor zum Licht — 4-2349: Brüder zur Sonne

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Bezugsquellen-Nachweis durch Homophon-Company GmbH., Berlin SW 68

Ab Fabrik kaufen Sie billiger! Sprechapparate, herrlicher Ton, 5 Jahre Garantie, beste Werke, v. 16 Mk. an. Sprechapparat-Werke und-Zubehör zum Selbsteinbau mit Anleitung sehr preiswert. 5 Jahre Garantie. Aufträge über 9 Mk. portofrei. Umtausch gestattet! Kein Risiko. Streng reell. Jährlich etwa 3000 Dankschreiben. Grosser Hauptkatalog kostenlos! ERNST HESS NACHF. — Stammfabrik gegründet 1872 — Klingenthal Sa. 80. Erstes u. ält. Musikinstrumenten-Versandgesch.

Edel-Kanarien wirklich feine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule. Mark 10,— und höher. Vorsänger, Zuchtpaare, Käfige, Futter sowie Vogelärznel. Hochinteressante Preisliste mit wertvollen Anregungen völlig kostenlos. Grosszucht Heydenreich, Bad Suderode 200, Harz.

Qualitäts-Werkzeuge liefern seit 1887 Junge & Fröhlich Leipzig C. 1, Eiserstr. 10 Preisliste postfrei auf Anfrage!

Über 10 Millionen Fahrräder

leben in Deutschland, warum wollen Sie nicht im Besitz eines Fahrrades sein, wenn Sie ein erstklassiges Fahrrad ohne jeden Zwischenhandel erwerben können. Verlangen Sie sofort den Katalog 1930 kostenlos.

E. und P. STRICKER, Fahrradbau, Brackwede Nr. 34 bei Bielefeld

Gute Manchesterosen RM. 3,50
Beste Manchesterosen RM. 11,50
Blaue Arbeitsanzüge, la Hausqualität RM. 7,00
Blaue Arbeitsanzüge, stärkste Dreifachqualität RM. 8,50

Einzelne Jacken oder Hosen je die Hälfte. — Versand gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Bei Nichtgefallen Geld zurück.

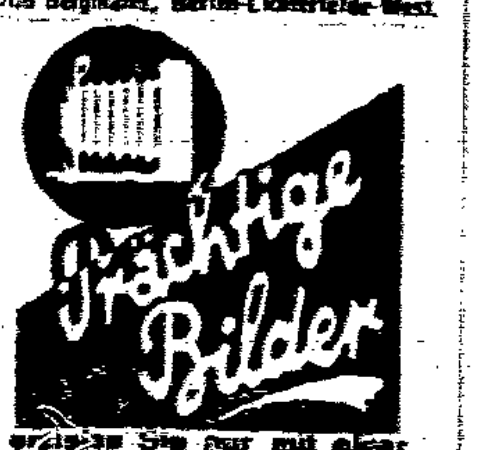
Rudi Vogel, Redwitz a. R. Eigene Fabrikation und Versand.

Hobelbänke 75RM

200 cm Blattlänge, Stahlspindel, Werkzeugprospekte gratis. Otto Bergmeier, Berlin-Lichtenrade-West.

Hobelbänke 82 Mark

200 cm Blattlänge, Stahlspindel, Werkzeugprospekte gratis. Otto Bergmeier, Berlin-Lichtenrade-West.



1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate
LINDCAR-FAHRRADWERK
Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

Unternehmen der Gewerkschaften
Arbeitsamt und Bestellung direkt durch das Werk oder durch alle Ortsausschüsse des ADGB.
Prag und Berlin: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Fahrgeld sparen!
LINDCAR
fahren!
1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate
LINDCAR-FAHRRADWERK
Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade
Unternehmen der Gewerkschaften
Arbeitsamt und Bestellung direkt durch das Werk oder durch alle Ortsausschüsse des ADGB.
Prag und Berlin: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.